

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **der Einwohnerfragestunde zur 33. Tagung des Stadtrates der Stadt Halle (Saale) am 19.06.2002**

---

**Ort:** Stadthaus, Festsaal

**Zeit:** 14:05 Uhr bis 14:30 Uhr

Die Einwohnerfragestunde wurde eröffnet und geleitet vom Vorsitzenden des Stadtrates, Herrn Bernhard **Bö n i s c h**.

Ein Arbeitnehmervertreter der Abfallwirtschaft Halle-Lochau GmbH ging auf die Problematik Restabfallbehandlung ab 2005 und den vor einem halben Jahr dazu gefassten Stadtratsbeschluss ein.

Er fragte, was aus den Beschäftigten des städtischen Unternehmens RWA werde, wenn der Standort Halle-Lochau für immer von der Abfallwirtschaftsbühne verschwinde.

Wo seien die Antworten, insbesondere von den Mitgliedern des Stadtrates, die das Wirtschaftsgut Müll durch Fremdvergabe weit weg von der Stadt Halle bringen wollen?

Wie wolle man erklären, wenn man sich gegen Arbeitsplätze hier, gegen Investitionen und Wertschöpfungen hier, gegen den maßgeblich städtischen Einfluss auch auf Gebühren und für Mülltourismus einsetze?

Man wisse, dass das heute zum Beschluss anstehende sogenannte PPP-Modell noch keine Garantie zur Sicherung der Arbeitsplätze sein werde, aber gemeinsam mit der Gewerkschaft ver.di und mit der Solidarität der Beschäftigten vieler städtischen Betriebe werde man sich einbringen und kämpfen und immer wieder fordern.

Er bat die Stadträte, erneut Ja zu sagen zu einer Abfallbehandlungs- und Verwertungsanlage am Standort Halle-Lochau, zu einem Abfallwirtschaftszentrum Halle-Lochau, zu einer zukünftig ordnungsgemäßen Sanierung dieser Deponie.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** äußerte, die Verwaltung habe diesen Intentionen entsprochen, indem sie die Vorlage in dieser Form in den Stadtrat eingebracht habe. Der Hauptausschuss habe sich mehrheitlich dieser Vorlage angeschlossen. Heute sei es Sache des Stadtrates, darüber abzustimmen.

Frau **Krause**, Anwohnerin der Sternstraße, sprach zum Thema Öffnung der Sternstraße für den Durchgangsverkehr. Eine Unterschriftensammlung habe ergeben, dass sich fast 100% der Gäste der gastronomischen Einrichtungen gegen eine Öffnung der Sternstraße ausgesprochen haben. (*Sie übergab die Unterschriftensammlung.*)

Herr **Schröder**, Kuratorium Altes Rathaus, fragte:

Wie vermittele man den Bürgern, dass bei einem so außergewöhnlichen Bauplatz wie der Nord-Ost-Ecke die Bürger nicht oder zumindest nicht ausreichend einbezogen worden seien?

Wie vermittele man, dass keine echte Meinungsforschung zur Frage "Zeitgenössische Architektur oder Wiederherstellung Marktplatz prägender Bauten" durchgeführt wurde? Damit sei auch verbunden, wie man Freunden und Hallensern verdeutlichen könne, dass die Stelle der Ratswaage, noch dazu im 500. Gründungsjahr der Universität, mit einem Kaufhaus zugebunkert werden soll, nicht aber mit einer Einrichtung, die den Genius loci aufnehme.

Warum sei KAUFHOF nicht die Baugrube am Hallmarkt oder die Fläche hinter der Ratswaage zumutbar?

Er bat die Stadträte, nicht zuzulassen, dass ein grobschlächtiger Klotz- und Klumpenbau zwischen die schönen alten, eher zierlichen, feingliederten Gebäude gestellt werde.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** meinte, wenn man sich den ganzen Hergang der Entscheidungsfindung zum Kaufhaus an der Nord-Ost-Ecke vor Augen führe, dann erkenne man, dass es eine langjährige Diskussion gegeben habe zu der Entscheidung, an dieser Stelle ein Kaufhaus zu errichten. Es habe Wettbewerbe gegeben – alles sei öffentlich gewesen; jeder habe sich dazu äußern können.

Die Entscheidung sei nach einer nochmaligen Aufnahme des Verfahrens gefallen und solle nun umgesetzt werden. Es sei nun legitim, dass sie umgesetzt werde, weil man auch einmal zu einem Ergebnis kommen wolle.

Sie denke nicht, dass man einen langjährigen Diskussionsprozess, der natürlich auch eine wirtschaftliche Bedeutung für die Stadt habe, am Ende wieder aufmachen und von vorn anfangen könne. Sie glaube, dass niemand im Stadtrat bereit sei, diesen Weg zu gehen. Die Stadt habe sich nichts vorzuwerfen, eine Entscheidung ohne die Bürger getroffen zu haben. In den Zeitungen habe es so viele Berichterstattungen dazu gegeben, so dass sie Herrn Schröder an dieser Stelle überhaupt nicht folgen könne.

Herr **Schröder** erwiderte, es bleibe aber der deutliche Unterschied zwischen der Auffassung der Entscheidungsträger der Stadt und den Bürgern, die sich bei Unterschriftensammlungen eindeutig gegen diesen Klotz an dieser Stelle ausgesprochen hätten. Zum anderen müsse man sich fragen, welchen größeren wirtschaftlichen Nutzen die Stadt auf lange Sicht habe.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** erwiderte, sie wisse nicht, was herausgekommen wäre, wenn man eine Unterschriftenaktion zum Bau des Kaufhauses gemacht hätte.

Herr **Riemer** wies auf die sportlichen Höhepunkte der kommenden Jahre hin. Eine Basis, die man dafür benötige, sei das Kurt-Wabbel-Stadion. Erstmals in diesem Jahr sei eine Aktivität der Stadt zu spüren: die Rasenfläche sei in einen einwandfreien Zustand versetzt worden, bedürfe aber nun der intensiven Pflege. Und das sei der Hasenfuß. - Bereits vor Monaten habe er eine Anfrage hinsichtlich einer Rasenspindelmähmaschine gestellt. Er habe vom damaligen zuständigen Beigeordneten die schriftliche Zusage, dass im I. Quartal 2002 die Anschaffung realisiert werden sollte. Er wisse, dass die Finanzlage der Stadt problematisch sei, aber die Rasenfläche bedürfe einer wöchentlich zweimaligen Schnittaktion mittels des genannten Gerätes. Er bitte die Verwaltung um Hilfe.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** antwortete, zurzeit habe man noch keinen bestätigten Haushalt und eine Ausschreibung zum Kauf dieses Gerätes habe deshalb noch nicht erfolgen können. Man könne aber ein solches Gerät ausleihen. Der Hinweis auf eine regelmäßige Pflege des Rasens werde aufgenommen.

Frau **Pehl** sprach die Händelfestspiele an und sprach den Organisatoren ein Dankeschön aus. Besonders hervorheben wolle sie die Leistungen des Grünflächenamtes. Sie frage, ob es nicht möglich sei, dass das Grün ständig um das Händeldenkmal herum sei.

Zur Freifläche neben dem Drogeriemarkt "Müller", auf der sich ein Biergarten mit dem Niveau der fünfziger Jahre etabliert habe, stellte sie fest, dass dies der Stadt nicht würdig sei. Wer habe dies zugelassen?

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** antwortete, im vergangenen Jahr habe man nach den Händelfestspielen die Begrünung des Denkmals bis in den Herbst belassen. Es könnte geprüft werden, ob man mit der Begrünung des Denkmals künftig früher beginne, also sobald die Vegetationsperiode dies zulasse. Was den Biergarten betreffe, so habe er auch das Ärgernis der Verwaltung hervorgerufen. Es habe im Hauptausschuss bereits Diskussion dazu gegeben. Die Stadtverwaltung bemühe sich, das zu verändern, aber es handle sich um ein Privatgrundstück.

Herr **Doege**, Beigeordneter für Ordnung und Sicherheit, ergänzte, dass derzeit eine Untersuchung in baurechtlicher Hinsicht erfolge.

Herr **Görditz**, Verkäufer an einem Imbissstand auf dem Marktplatz, bat um Unterstützung in Fragen Standplatzgenehmigung. Er verwies dabei auf einen Brief seines Arbeitgebers an die Oberbürgermeisterin, der bisher ohne Antwort geblieben sei.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** antwortete, ihr sei das Anliegen bekannt. Eine Prüfung des Anliegens und eine Antwort der Verwaltung werde gegenwärtig erarbeitet.

Weitere Bürger ergriffen nicht das Wort.

Der Vorsitzende des Stadtrates beendete die Einwohnerfragestunde.

**Bönisch**  
Vorsitzender des Stadtrates  
der Stadt Halle (Saale)

**Ingrid Häußler**  
Oberbürgermeisterin  
der Stadt Halle (Saale)

Kraft  
Protokollführerin

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **der 33. Tagung des Stadtrates der Stadt Halle (Saale) am 19.06.2002 – *ö f f e n t l i c h***

---

**Ort:** Stadthaus, Festsaal

**Zeit:** 14:30 Uhr bis 19:00 Uhr

**Anwesenheit:** siehe Teilnehmerverzeichnis im Anhang

Die 33. öffentliche Tagung des Stadtrates wurde eröffnet und geleitet vom Vorsitzenden des Stadtrates, Herrn Bernhard **Bönisch**.  
Er stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.  
Gegenwärtig seien 53 Mitglieder des Stadtrates (93 %) anwesend).

Zur Tagesordnung:

Es erfolgte ein Hinweis auf einen geänderten Entwurf der Tagesordnung. Von der Verwaltung seien die **TOP 07, 08, 09, 11, 16 und 18 zurückgezogen** worden, außerdem **TOP 44**.

Zu entscheiden sei über die Aufnahme von fünf **Dringlichkeitsanträgen**: Die Vorlagen der Verwaltung – **Namensgebung einer Sekundarschule** – und **Informationsvorlage zur Sitzung des Gestaltungsbeirates**, Anträge der CDU-Fraktion – **Umbesetzung des Beirates der Zoologischer Garten Halle GmbH** und **Umbesetzung des Ausschusses für Planungs- und Umweltangelegenheiten** sowie Antrag der FDP-Fraktion – **Umbesetzung von Ausschüssen**.

Es gab keine Wortmeldungen zur vorgeschlagenen Tagesordnung.  
Der Tagungsleiter verwies auf die Neufassung des Tagesordnungsentwurfs, die allen Stadträten vorliege.

Frau **Dr. Haerting**, HAL-Fraktion, fragte nach dem Grund, weshalb der ursprüngliche TOP 14 in den nichtöffentlichen Teil gerückt sei.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** erläuterte, in allen Ausschüssen sei diese Vorlage nichtöffentlich behandelt worden, deshalb werde auch eine nichtöffentliche Behandlung im Stadtrat vorgeschlagen. Wenn der Stadtrat dies anders sehe, müsse dazu entschieden werden.

Herr **Bönisch** stellte fest, dass Frau Dr. Haerting diese Vorlage öffentlich behandelt haben möchte. Er fragte nach gegenteiligen Meinungen.  
Da dies nicht der Fall sei, werde die Vorlage im öffentlichen Teil behandelt. Über die Platzierung werde später entschieden.

Herr **Prof. Kiel**, PDS-Fraktion, begründete die Dringlichkeit der Vorlage zur Namensgebung der Sekundarschule.

Weitere Wortmeldungen zur Tagesordnung gab es nicht.

**Abstimmung zur Aufnahme Vorlage Namensgebung Schule : mit mehr als 2/3 Mehrheit  
z u g e s t i m m t**

**Abstimmung zur Aufnahme Informationsvorlage: mit mehr als 2/3 Mehrheit  
z u g e s t i m m t**

**Abstimmung zur Aufnahme Antrag CDU-Fraktion: mit mehr als 2/3 Mehrheit  
z u g e s t i m m t**  
*Umbesetzung des Beirates Zoologischer Garten Halle GmbH*

**Abstimmung zur Aufnahme Antrag CDU-Fraktion:** mit mehr als 2/3 Mehrheit  
*Umbesetzung des Ausschusses PI-UWA* **z u g e s t i m m t**

**Abstimmung zur Aufnahme Antrag FDP-Fraktion:** mit mehr als 2/3 Mehrheit  
*Umbesetzung von Ausschüssen* **z u g e s t i m m t**

Der Tagungsleiter schlug vor, den TOP (Rechtsform Gebäudemanagement) aus dem nichtöffentlichen Teil unter TOP 14 A zu behandeln.  
Dazu gab es keine gegenteiligen Meinungen.

**Abstimmung zur Tagesordnung in geänderter Form:** **mehrheitlich z u g e s t i m m t**

Damit wurde folgende **T a g e s o r d n u n g** bestätigt:

- 1 Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 22.05.2002**
- 2 Genehmigung der Niederschriften der Sondersitzung des Stadtrates der Stadt Halle (Saale) am 12.04.2002 und der Tagungen des Stadtrates der Stadt Halle (Saale) am 24.04.2002 und am 22.05.2002 (öffentlicher Teil)**
- 3 Niederlegung eines Mandates und Nachrücken des nächstfestgestellten Bewerbers**  
Vorlagen-Nr.: III/2002/02445
- 4 Bestimmung der ersten allgemeinen Vertreterin/des ersten allgemeinen Vertreters der Oberbürgermeisterin**  
Vorlagen-Nr.: III/2002/02460 dazu Änderungsantrag der CDU-Fraktion  
Änderungsantrag der SPD-Fraktion
- 5 Stellplatzsatzung**  
Vorlagen-Nr.: III/2002/02222  
  
**Sachantrag der HAL-Fraktion - zur Vorlage Nr. III/2002/02222**  
Vorlagen-Nr.: III/2002/02449
- 6 Vorschlag zur Weiterbearbeitung der Planungen für die Neustädter Passage im Stadtteilzentrum Neustadt**  
Vorlagen-Nr.: III/2002/02212

- 7 Fassung eines neuen Grundsatzbeschlusses zur Abfallbehandlung der Stadt Halle (Saale) ab 01.06.2005**  
Vorlagen-Nr.: III/2002/02442 dazu Sachantrag der HAL-Fraktion
- 8 1. Bericht zur Situation der Ausländer in der Stadt Halle (Saale) 2001  
2. Konzept zur Integration der Migranten in der Stadt Halle (Saale)**  
Vorlagen-Nr.: III/2002/02294
- 9 Wahl eines Wahlbeamten in den Vorstand der Stiftung Hospital St. Cyriaci et Antonii zu Halle**  
Vorlagen-Nr.: III/2002/02396
- 10 Antrag auf überplanmäßige Ausgaben im Haushaltsjahr 2002**  
Vorlagen-Nr.: III/2002/02314
- 11 Änderungen in der Satzung der Verwaltungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH**  
Vorlagen-Nr.: III/2002/02411
- 12 Neufassung der Gefahrenabwehrverordnung der Stadt Halle (Saale)**  
Vorlagen-Nr.: III/2001/01987
- 13 Namensgebung der Sekundarschule "W. Borchert"/" J. A. Segner" in Sekundarschule "Novalis"**  
Vorlagen-Nr.: III/2002/02270
- 14 Informationsvorlage – zur Sitzung des Gestaltungsbeirates**  
Vorlagen-Nr.: III/2002/02474
- 14A Rechtsform des Zentralen Gebäudemanagement der Stadt Halle (Saale)**  
Vorlagen-Nr.: III/2002/02302

#### **Anträge von Fraktionen und Stadträten**

- 15 Antrag der Unabhängigen Bürgerfraktion - Umbesetzung in Beiräten**  
Vorlagen-Nr.: III/2002/02403
- 16 Antrag der Unabhängigen Bürgerfraktion - Umbesetzung des Hauptausschusses**  
Vorlagen-Nr.: III/2002/02404
- 17 Antrag der SPD-Fraktion - Oberzentren stärken - kommunale Selbstverwaltung erhalten**  
Vorlagen-Nr.: III/2002/02433
- 18 Antrag der SPD-Fraktion - zum Radwegeplan Halle/Saalkreis**  
Vorlagen-Nr.: III/2002/02436
- 19 Antrag der SPD-Fraktion - zur Neubesetzung des Umlegungsausschusses der Stadt Halle (Saale)**  
Vorlagen-Nr.: III/2002/02438

- 20 Antrag der Stadträtin Dr. Annegret Bergner, CDU - betreffend die Beherbergung und Betreuung von Teilnehmern des "Deutschen Turn- und Sportfestes vom 18. Mai bis 25. Mai 2002 in Leipzig"**  
Vorlagen-Nr.: III/2002/02441
- 21 Antrag des Stadtrates Ingo Kautz, CDU - zur Zusammenarbeit von Stadtverwaltung und Landesregierung**  
Vorlagen-Nr.: III/2002/02443
- 22 Antrag der Stadträtin Dr. Annegret Bergner, CDU - zur Initiative des Deutschen Städtetages "Gastfreundliche Hochschulstädte"**  
Vorlagen-Nr.: III/2002/02447
- 23 Antrag der HAL-Fraktion - zur Innenstadtgestaltung**  
Vorlagen-Nr.: III/2002/02450
- 24 Antrag der CDU-Fraktion und von Stadträten der HAL-Fraktion - zum Kuratorium 1200 Jahre Halle**  
Vorlagen-Nr.: III/2002/02455
- 25 Antrag der CDU-Fraktion und von Stadträten der HAL-Fraktion - zur Strukturänderung Stadt- und Halloren-/Salinemuseum**  
Vorlagen-Nr.: III/2002/02457
- 26 Antrag der Stadträtin Dr. Gesine Haerting, HAL-Bündnis 90/ DIE GRÜNEN - zur Ermittlung der Kosten des Motorisierten Individualverkehrs in Halle**  
Vorlagen-Nr.: III/2002/02458
- 27 Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion – Umbesetzung des Beirates der Zoologischer Garten GmbH**  
Vorlagen-Nr.: III/2002/02479
- 28 Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion – Umbesetzung des Ausschusses für Planungs- und Umweltangelegenheiten**  
Vorlagen-Nr.: III/2002/02481
- 29 Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion – Umbesetzung von Ausschüssen**  
Vorlagen-Nr.: III/2002/02483

#### **Anfragen von Stadträten**

- 30 Anfrage der Stadträtin Krischok, PDS - zu Gebühren und Entgelten**  
Vorlagen-Nr.: III/2002/02253
- 31 Anfrage des Stadtrates Uwe Heft, PDS - zur Haushaltskonsolidierung der Stadt Halle (Saale)**  
Vorlagen-Nr.: III/2002/02342
- 32 Anfrage des Stadtrates Uwe Heft, PDS - zum Mobilitätsverhalten der Einwohner der Stadt Halle (Saale)**  
Vorlagen-Nr.: III/2002/02345

- 33 Anfrage des Stadtrates Dieter Lehmann, CDU - zur Parksituation in der Stadt Halle (Saale)**  
Vorlagen-Nr.: III/2002/02421
- 34 Anfrage des Stadtrates Dr. Mohamed Yousif, PDS - zur Straßenrandgestaltung auf der Silberhöhe (Gustav-Staude-Str.)**  
Vorlagen-Nr.: III/2002/02424
- 35 Anfrage der Stadträtin Marion Krischok, PDS - zur Einsparung von Saisonkräften in der Stadtverwaltung**  
Vorlagen-Nr.: III/2002/02425
- 36 Anfrage der CDU-Fraktion - zum Wirtschaftsplan neues theater**  
Vorlagen-Nr.: III/2002/02427
- 37 Anfrage der SPD-Fraktion - zur Erstattung von Veräußerungserlösen nach Wohnungsgenossenschaftsvermögensgesetz**  
Vorlagen-Nr.: III/2002/02428
- 38 Anfrage der CDU-Fraktion - zum Orchestervertrag der Stadt Halle (Saale)**  
Vorlagen-Nr.: III/2002/02430
- 39 Anfrage des Stadtrates Ingo Kautz, CDU - zu den Kurzzeitparkplätzen am Hallmarkt**  
Vorlagen-Nr.: III/2002/02439
- 40 Anfrage des Stadtrates Werner Misch, CDU - zu Einflussmöglichkeiten auf die Standortbestimmung für Mobilfunkantennen**  
Vorlagen-Nr.: III/2002/02444
- 41 Anfrage der Stadträtin Dr. Gesine Haerting, HAL- Bündnis 90/DIE GRÜNEN - zur Rodung von Gehölzen, die laut Bebauungsplan zu erhalten waren**  
Vorlagen-Nr.: III/2002/02451
- 42 Anfrage der Stadträtin Dr. Gesine Haerting, HAL-Bündnis 90/DIE GRÜNEN - zur ausstehenden Neubesetzung der Stelle der Kinderbeauftragten**  
Vorlagen-Nr.: III/2002/02453
- 43 Mündliche Anfragen von Stadträten**
- 44 Mitteilungen**
- Information des Projektsteuerers IPM "19. Quartalsbericht zur Straßenbahnneubaumaßnahme Halle-Neustadt/ Hauptbahnhof"**  
Vorlagen-Nr.: III/2002/02413

**Haushaltssicherung und Umsetzung durch die Geschäftsbereiche**

Herr **Lehmann**, SPD-Fraktion, bat, beim Aufrufen der Tagesordnungspunkte die alten TOP's mit zu nennen, um ein schnelleres Auffinden der Vorlagen in den persönlichen Unterlagen der Stadträte zu ermöglichen.

Herr **Dr. Kraus**, SPD-Fraktion, wies darauf hin, dass in Kürze die Grabungen auf dem Marktplatz zu Ende gehen werden und damit die Möglichkeit, die Dinge zu sehen, bevor dies alles zugeschüttet werde. In der heutigen großen Pause könne man die wesentlichen Dinge gezeigt bekommen. Treffpunkt sei der Container auf dem Marktplatz.

## **Zu TOP 01 – Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 22.05.2002**

---

Der Tagungsleiter verlas den Inhalt eines gefassten Beschlusses.

## **Zu TOP 02 - Genehmigung der Niederschriften**

---

Es gab keine Anmerkungen zu den Niederschriften der Sondersitzung des Stadtrates der Stadt Halle (Saale) am 12.04.2002 und der Tagungen des Stadtrates der Stadt Halle (Saale) am 24.04.2002 und am 22.05.2002 (öffentlicher Teil).

**Abstimmung zur Genehmigung  
der drei Niederschriften:**

**mehrheitlich z u g e s t i m m t**

Damit wurden die Niederschriften der Sondersitzung des Stadtrates am 12.04.2002 und der Tagungen am 24.04.2002 und 22.05.2002 in der vorliegenden Form g e n e h m i g t.

## **Zu TOP 03 - Niederlegung eines Mandates und Nachrücken des nächstfestgestellten Bewerbers**

Vorlagen-Nr.: III/2002/02445

---

Es gab keine Wortmeldungen zur Vorlage.

**Abstimmung zur Vorlage:**      **mehrheitlich zugestimmt**

### **Beschluss Nr. III/2002/02445 - Niederlegung eines Mandates und Nachrücken des nächstfestgestellten Bewerbers**

---

**Der Stadtrat stellt fest, dass Herr Gerry K l e y, Vogelweide 28, 06130 Halle (Saale)  
auf sein Mandat aus persönlichen Gründen zum 23. 05. 2002 verzichtet hat  
und aus dem Stadtrat ausgeschieden ist.**

**Für ihn rückt Frau Petra M e i ß n e r, Albert-Einstein-Straße 26, 06122 Halle (Saale)  
nach.**

---

Frau M e i ß n e r leistete ihren Eid als Stadträtin.

Der Vorsitzende des Stadtrates informierte, neuer **Vorsitzender des Fraktion der FDP**  
sei Herr Friedemann **S c h o l z e**.

## Zu TOP 04 - Bestimmung der ersten allgemeinen Vertreterin/ des ersten allgemeinen Vertreters der Oberbürgermeisterin

Vorlagen-Nr.: III/2002/02460

---

Der Tagungsleiter äußerte sich zum Verfahren. Jeder eingehende Antrag werde als Änderungsantrag zur Vorlage bewertet. Der erste Änderungsantrag ersetze sozusagen die Vorlage der Verwaltung, jeder weitere eingehende Änderungsantrag sei jeweils ein Änderungsantrag zur Vorlage.

Herr **Weiland**, HAL-Fraktion, meinte, ihm sei nicht klar, inwieweit man aus der Gemeindeordnung bzw. aus dem Verfahren, das das Regierungspräsidium vorgeschlagen habe, ableite, dass letztendlich die Bestimmung nicht durch eine Wahl möglich sei. Er möchte, dass eine geheime Abstimmung stattfinde.

Herr **Bönisch** erwiderte, er habe sich mit dem Regierungspräsidenten und Vertretern des Innenministerium zu dieser Angelegenheit beraten. Aussage sei, dass in diesem Punkt in der Gemeindeordnung "etwas nicht rund sei", aber es sei geltendes Recht, und man komme nicht umhin, eine offene Abstimmung durchzuführen.

Herr **Borries**, Leiter des Amtes für Rechtsangelegenheiten, ergänzte, die Gemeindeordnung bestimme in § 54 Absatz 3, dass Wahlen nur in den ausdrücklich im Gesetz so genannten Fällen stattfinden dürfen. Die Vorschrift, die sich mit dem allgemeinen Vertreter der Oberbürgermeisterin beschäftige, spreche ausdrücklich von "bestimmen" und nicht von "wählen".

Herr **Weiland** erklärte, diese Antwort befriedige ihn nicht. Aus seiner Sicht sei eine geheime Wahl oder Abstimmung erforderlich.

Er gab einen Änderungsantrag zur Kenntnis: Der Stadtrat **wählt** ....

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** appellierte an den Stadtrat, ein Verfahren zu benutzen, das vom Regierungspräsidium und vom Innenministerium akzeptiert werde.

Frau **Schaffer**, PDS-Fraktion, verwies auf die Verfahren in früherer Zeit. Seien diese Verfahren nicht rechtens gewesen?

Frau **Weiß**, CDU-Fraktion, äußerte, die Begründung für dieses neue Verfahren erscheine ihr auch nicht ganz logisch. Damit wäre die Bürgermeisterin bisher rechtswidrig gewesen.

Herr **Bönisch** verwies darauf, dass damals die Hauptsatzung des Stadtrates beinhaltet habe, die Bürgermeisterin/den Bürgermeister zu wählen. In der neuen Hauptsatzung sei das durch das Regierungspräsidium nicht mehr genehmigt worden.

Herr **Lehmann**, SPD-Fraktion, erklärte, wenn die Auskunft des Rechtsamtes richtig sei, dürfe seines Erachtens der Änderungsantrag überhaupt nicht zugelassen werden.

Herr **Bönisch** erwiderte, ihm sei nicht bekannt, dass ein Antrag nicht zugelassen werden dürfte. Er könne hinterher beanstandet werden, wenn er als Beschluss getroffen werde.

Herr **Biesecke**, SPD-Fraktion, stellte fest, dass das Problem bestehe, wenn der Antrag der HAL-Fraktion zugelassen, abgestimmt und abgelehnt werde, dann habe die HAL-Fraktion danach schlechtere Möglichkeiten, dagegen vorzugehen.

Herr **Dr. Köck**, PDS-Fraktion, gab zu bedenken, wenn von "bestimmen" die Rede sei, sei doch nur der Fakt gemeint, aus dem Kreise möglicher Kandidaten jemanden auszuwählen, aber nicht der Weg, wie man dazu komme.

Herr **Bönisch** entgegnete, das sei nicht die Interpretation. Es sei formuliert, dass Wahlen nur an den Stellen zulässig seien, die ausdrücklich erwähnt seien.

Herr **Lehmann**, CDU-Fraktion, erklärte, von seinem Demokratieverständnis her – hier gehe es um eine Auswahl von Personen, für ihn sei das eine Wahl – stehe er hinter dem Änderungsantrag der HAL-Fraktion. Wie solle er aber darüber abstimmen, wenn hier Rechtsunsicherheit offeriert werde?

Herr **Bönisch** widersprach, es bestehe keine Rechtsunsicherheit. Die Stellungnahmen aller relevanten Institutionen lägen vor und besagten, dass eine offene Abstimmung zu erfolgen habe.

Herr **Voß**, SPD-Fraktion, meinte, es sei in der Tat ein sehr unbefriedigendes Verfahren. Sachgerechter wäre es, hier eine Wahl durchzuführen und nicht darüber abzustimmen; die Gemeindeordnung schreibe dieses jedoch leider zwingend vor. Wenn man anders verfare, hätte man nicht den Hauch einer Chance damit durchzukommen. Er bitte, dem Antrag der HAL-Fraktion nicht zuzustimmen. Er wies darauf hin, den Mitgliedern der Parteien, die in der Regierung seien, bleibe es unbenommen, die Gemeindeordnung entsprechend zu ändern.

Herr **Godenrath**, CDU-Fraktion, zitierte den entsprechenden Paragraphen der Gemeindeordnung: In Gemeinden mit mehreren Beigeordneten legt der Gemeinderat die Reihenfolge der Vertreter fest. – Er werde dem Antrag der HAL-Fraktion folgen.

Herr **Bönisch** zitierte die Hauptsatzung: Aus der Reihe der Beigeordneten wird vom Stadtrat der erste allgemeine Vertreter des Oberbürgermeisters bestimmt.

Herr **Jeschke**, HAL-Fraktion, fragte, ob man nicht eine Wahl durchführen könne und danach dem Kandidaten mit den meisten Stimmen eine nachträgliche Bestätigung geben könne.

Herr **Bönisch** stellte fest, dass es dazu eine kurze Beratung der Tagungsleitung geben müsse.

Nach Beratung mit dem Rechtsamt äußerte er, dass dieses gewünschte Verfahren eine offenkundige und rechtswidrige Umgehung der Bestimmungen wäre.

Herr **Prof. Schuh**, UB-Fraktion, erklärte, seine Fraktion habe keine Schwierigkeiten mit einer offenen Abstimmung. Bei dem Verfahren nach Vorschlag von Herrn Jeschke wäre sicher das Ergebnis, dass der halesche Stadtrat deutschlandweit als Panoptikum bekannt würde.

Herr **Jeschke** (*ohne Mikrofon*)

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** erklärte, wenn der Stadtrat das Verfahren wähle, das von Herrn Jeschke vorgeschlagen worden sei oder dem Antrag von Herrn Weiland zustimme, habe sie die Pflicht, gleich anzukündigen, dass sie das Ergebnis dieses Verfahrens beanstanden werde. Sie sei gezwungen, alles das, was im Rat passiere und was nicht dem Gesetz entspreche, zu beanstanden.

Herr **Dr. Meerheim**, PDS-Fraktion, beantragte Schluss der Diskussion und Abstimmung des Antrages.

Dieser Aussage wurde nicht widersprochen.

**Abstimmung Änderungsantrag HAL-Fraktion:**

(Der Stadtrat wählt...)

bei 28 Nein-Stimmen

23 Ja-Stimmen

4 Enthaltungen

**mehrheitlich abgelehnt**

Herr **Bönisch** stellte fest, damit sei die ursprüngliche Vorlage wieder Gegenstand der Behandlung. Dazu gebe es zwei schriftlich eingegangene Änderungsanträge, in der Reihenfolge des Eingangs der Antrag der CDU-Fraktion (17.06.) – **Der Stadtrat bestimmt Herrn Eberhard Doege zum .....** und der Antrag der SPD- Fraktion (18.06.) – **Der Stadtrat bestimmt Frau Dagmar Szabados zur....**

Herr **Jeschke** beantragte als weiteren Vorschlag, **Herrn Rainer Tepasse** zu bestimmen.

Der Tagungsleiter gab die Abstimmungsreihenfolge der Änderungsanträge bekannt.

Herr **Richter**, SPD-Fraktion, fragte nach dem Einverständnis der Kandidaten.

Herr **Bönisch** korrigierte, der Stadtrat bestimme dies.

Herr **Lehmann**, SPD-Fraktion, meinte, der Stadtrat wäre nicht gut beraten, jemanden zu bestimmen, der von vornherein aus guten Gründen erkläre, dies nicht übernehmen zu wollen.

Frau **Schaffer** forderte die Abstimmung.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

**Abstimmung Änderungsantrag Stadtrat Jeschke:**

bei 7 Ja-Stimmen

**mehrheitlich abgelehnt**

**Abstimmung Änderungsantrag SPD-Fraktion:**

bei 31 Ja-Stimmen

23 Nein-Stimmen

1 Enthaltung

**mehrheitlich zugestimmt**

**Abstimmung zu Vorlage in modifizierter Form:      mehrheitlich zugestimmt**  
*(Änderungsantrag SPD-Fraktion)*

**Beschluss Nr. III/2002/02460 – Bestimmung der ersten allgemeinen Vertreterin/ des  
ersten allgemeinen Vertreters der Oberbürgermeisterin**

---

**Der Stadtrat bestimmt Frau Dagmar S z a b a d o s zur ersten allgemeinen Vertreterin  
der Oberbürgermeisterin der Stadt Halle (Saale).**

---

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** gratulierte Frau Szabados zu dieser Bestimmung.  
Sie freue sich, dass es zu dem Ergebnis gekommen sei; man habe in der Vergangenheit  
gut zusammen gearbeitet und sie glaube, dass man auch weiter gut zusammen arbeiten  
werde.

## Zu TOP 05 - Stellplatzsatzung Vorlagen-Nr.: III/2002/02222 und Sachantrag der HAL-Fraktion – Vorlagen-Nr.: III/2002/02259

---

Herr **Lehmann**, CDU-Fraktion, nahm zu dem Änderungsantrag der HAL-Fraktion Stellung. Dieser Antrag habe, gemeinsam mit anderen Anträgen, auch dem Planungsausschuss vorgelegen, und dieser habe sämtliche Änderungsanträge mit Mehrheit abgelehnt. Der Vorlage der Verwaltung sei mehrheitlich zugestimmt worden. Er empfehle die Ablehnung des Sachantrages und Zustimmung zur Verwaltungsvorlage.

Frau **Dr. Haerting**, HAL-Fraktion, erläuterte das Anliegen des Sachantrages.

Herr **Prof. Schuh**, UB-Fraktion, äußerte, die Vorlage sei ein typisches Beispiel dafür, wie mit kleinsten Schritten nichts bewirkt werde. Zum Tragen käme der Inhalt im wesentlichen bei Neubauten und bei Umnutzungen; dort habe das katastrophale Auswirkungen. Z.B. sei das Vorhaben bei der "Urania" gescheitert an den horrenden Beträgen, die man hätte für die Ablöse zahlen müssen. Gleiches sei zu befürchten bei dem Transformatorenhaus am Hallmarkt.

Bei der Stadtentwicklung sollte man das tun, was Altbundeskanzler Schmidt gefordert habe, für die neuen Bundesländer in großem Maße Satzungen, die für die alten Bundesländer gelten, außer Kraft zu setzen.

Er stellte folgenden **Änderungsantrag: Die Stellplatzsatzung wird bis zum 31.12.2005 außer Kraft gesetzt.**

Herr **Biesecke**, SPD-Fraktion, erklärte, die SPD-Fraktion möchte sich dem Sachantrag der HAL-Fraktion anschließen, sehe aber beim derzeitigen Antragstext ein Problem: den Änderungspassus an "geeigneter" Stelle einzufügen. Seine Fraktion bitte den Antragsteller, den § 6 neu zu benennen in "Abweichung und Stundung". Der bisherige Text in Absatz 6 möge Absatz 1 werden, und der vorgeschlagene Text der HAL-Fraktion Absatz 2 dieses Paragraphen.

Herr **Heft**, PDS-Fraktion, bat, dem Änderungsantrag von Herrn Prof. Schuh nicht zuzustimmen. Seine Fraktion werde ebenfalls dem Sachantrag der HAL-Fraktion zustimmen, bitte aber im Text das Wort "kostenlos" zu streichen. Zum Passus § 5 Absatz 3 der alten Satzung gebe es ein Informationsdefizit, deshalb sei dieser Paragraph bisher nicht umgesetzt und angewandt worden. Mit einer entsprechenden Öffentlichkeitsarbeit des Stadtplanungsamtes und des Amtes für Wirtschaftsförderung sei dieser Passus umsetzbar.

Herr **Sänger**, CDU-Fraktion, sprach seine Zustimmung für den Änderungsantrag von Herrn Prof. Schuh aus.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** entgegnete, so wünschenswert das aus einer bestimmten Sicht der Wirtschaftsförderung wäre, so wenig wünschenswert sei dies aus Sicht der Einnahmen der Stadt. Sie bitte zu bedenken, dass man gerade ein Haushaltskonsolidierungsprogramm bespreche.

Das Gesetz lasse nicht zu, dass die Stadt keine Beträge erhebe. Mit dem Betrag sei die Stadt gegenüber anderen Städten weit heruntergegangen. Sie denke, dass sei ein deutliches Angebot an die Gewerbetreibenden. Auch möge man die Parkplatzsituation bedenken. Es habe beträchtliche Einnahmen aus der Stellplatzablöse gegeben, mit denen man die Tiefgaragen bezuschusst habe. Über weitere Tiefgaragen sei nachzudenken, da nach wie vor nicht genügend Stellplätze vorhanden seien. Wenn man die Einnahmen hier

auf Null setze, werde man Gelder aus anderen Aufgabengebieten des Haushaltes abziehen müssen, um wieder zu einer Tiefgarage zu kommen.

Herr **Lehmann**, SPD-Fraktion, bat zu klären, ob es nachhaltige Einnahmeverluste gäbe, wenn man dem Vorschlag von Herrn Prof. Schuh folge.

Frau **Dr. Haerting** warnte davor, dem Änderungsantrag von Herrn Prof. Schuh zuzustimmen. Man hätte dabei zwar die wünschenswerte Erleichterung auf der Investorenmenseite, aber in der Regelung der Mobilität und des Verkehrs und in der Schaffung von Parkplätzen oder in der Ermöglichung einer anderen Mobilität, nämlich ohne Auto, würde gar nichts passieren.

Mit der Zustimmung zum Sachantrag ihrer Fraktion könnten die Investoren diesen Spielraum nutzen und gleichzeitig für die Stadt etwas Gutes tun, nämlich Mobilität auch ohne Auto zu ermöglichen.

Herr **Godenrath**, CDU-Fraktion, stellte namens der Fraktion einen **Geschäftsordnungsantrag: *Der Sachverhalt sollte im Ausschuss für Finanzen und städtische Beteiligungsverwaltung beraten werden.***

Zu diesem GO-Antrag gab es keine Wortmeldungen.

**Abstimmung zum GO-Antrag:                    mehrheitlich z u g e s t i m m t**

**Die Vorlage wurde durch Geschäftsordnungsantrag der CDU-Fraktion zur weiteren Beratung in den**

**- Ausschuss für Finanzen und städtische Beteiligungsverwaltung  
v e r w i e s e n.**

## **Zu TOP 06 - Vorschlag zur Weiterbearbeitung der Planungen für die Neustädter Passage im Stadtteilzentrum Neustadt**

Vorlagen-Nr.: III/2002/02212

---

Herr **Lehmann**, CDU-Fraktion, informierte zum Abstimmungsergebnis im Ausschuss für Planungs- und Umweltangelegenheiten. In der zweiten Beratung, nach Einarbeitung eines Änderungsvorschlages, sei mehrheitlich zugestimmt worden. Auch der Gestaltungsbeirat habe sich der Variante II angeschlossen.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

**Abstimmung zur Vorlage:** **mehrheitlich zugestimmt**

### **Beschluss Nr. III/2002/02212 - Vorschlag zur Weiterbearbeitung der Planungen für die Neustädter Passage im Stadtteilzentrum Neustadt**

---

- 1. Für die Planungen zur grundhaften Erneuerung der Fußgängerzone Neustädter Passage im Stadtteilzentrum Neustadt wird die Variante 2 – Abriss und Neubau einer reduzierten Galerie – (gemäß Übersicht in der Anlage) zur Weiterbearbeitung bestimmt.**
  - 2. Der für die Baumaßnahme vorgesehene Kostenrahmen beträgt laut indikativem Finanzplan 2,556 Mio € (5 Mio DM) und ist mit der Herstellung der Entwurfsplanung nachzuweisen und einzuhalten.**
-

## Zu TOP 07 - Fassung eines neuen Grundsatzbeschlusses zur Abfallbehandlung der Stadt Halle (Saale) ab 01.06.2005

Vorlagen-Nr.: III/2002/02442

---

(Auf Antrag der HAL-Fraktion erscheint ein Wortprotokoll.)

Herr **Bönisch**: "Es gibt einen Änderungsantrag, der liegt allen vor. (*siehe Anlage zu TOP 07*)  
Dazu möchte Herr Weiland jetzt wahrscheinlich etwas sagen. Bitte, Herr Weiland."

Herr **Weiland**, HAL-Fraktion: "Herr Vorsitzender, Frau Oberbürgermeisterin, meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben zu der vorliegenden Vorlage der Verwaltung zur Fassung eines neuen Grundsatzbeschlusses zur Restabfallbehandlung einen Änderungsantrag hier eingereicht, weil wir der Meinung sind, dass die Vorlage der Verwaltung, aus unserer Sicht zumindest, unzureichend ist.  
Ich will ganz kurz zu den Änderungen was sagen. Die erste Änderung umfasst praktisch, dass der Mengenkorridor, also die **Kapazität** angesiedelt **wird zwischen 50.000 Tonnen und 100.000 Tonnen**, die am Standort Lochau entsprechend bearbeitet werden sollen. Das resultiert daraus, weil wir zum einen erreichen möchten, dass nicht mehr als die 100.000 Tonnen, die hier in der Gegend sind, letztendlich dort behandelt werden, und zum anderen möchten wir die Marge von 50.000 Tonnen dort eingefügt haben, aus dem einfachen Grund, weil wir der Meinung sind, auch eine MBA mit einer wesentlich kleineren Abfallmenge sollte am Standort Lochau eine Chance haben.

Der zweite Punkt, den wir ändern möchten, ist auch in der Nummer 2 der Beschlussvorlage, dort wird folgender Satz ergänzt: **Der in dem PPP-Modell zu vereinbarende Preis für die Behandlung des Restmülls der Stadt Halle darf für die Dauer von zehn Jahren einen Betrag von 110 € je Tonne nicht überschreiten.**

Ich darf daran erinnern, dass wir in dem letzten Grundsatzbeschluss, den wir hier im Stadtrat gefasst haben, einen Behandlungspreis von 92 € je Tonne festgeschrieben hatten. In der neuen Vorlage fehlt jegliche Festschreibung. Und wir sind der Meinung, dass eine Deckelung des Behandlungspreises zumindest nach oben letztendlich für die Bürger dieser Stadt von erheblicher Bedeutung ist, weil wir nicht möchten, dass dort eine Anlage errichtet wird, die im Endeffekt ein Fass ohne Boden ist, wo der Behandlungspreis sich in beliebige Höhen entwickeln kann bzw. so angepasst wird, dass der Anlagenbetreiber keinen Verlust erwirtschaftet.

Ich denke, es ist für die Stadt Halle und für ihre Standorteigenschaften ganz wesentlich, dass es sichere Kosten für diese städtische Infrastrukturdienstleistungen Ent- und Versorgung gibt und dazu zählt für uns die Deckelung dieses Behandlungspreises in der Höhe von 110 €. Wir haben also in Rechnung gestellt, dass bei der letzten Ausschreibung da keine Bewerber waren zu diesem Behandlungspreis und sind deshalb also über die 92 € je Tonne vom letzten Mal hinausgegangen.

In dem dritten Punkt möchten wir folgenden Satz ergänzt haben: **In die neu zu gründende Gesellschaft sind mindestens 15 Arbeitnehmer aus der im Jahre 2005 außer Betrieb gehenden Deponie Lochau zu übernehmen.** Die jetzige Vorlage der Stadtverwaltung enthält dazu überhaupt keine Aussage, das bedeutet, man wird nach dem Ende des Ausschreibungsverfahrens in der Verhandlung mit dem Auftragnehmer sich in irgendeiner Art und Weise einigen oder auch nicht einigen. Das bedeutet im Extremfall, es kann vom Standort Lochau niemand übernommen werden. Und dem möchten wir vorbeugen, indem wir mindestens an der Stelle diese Mindestmenge von 15 Arbeitnehmern einziehen, nach oben ist das gerne offen, das kann also nach oben ergänzt werden, da haben wir kein Problem damit.

Im **Punkt 3** möchten wir ergänzt haben – möchten wir eine **Ergänzung** um folgenden Anstrich haben: **- die Erreichung einer möglichst umwelt- und gesundheitsverträglichen Variante der Abfallentsorgung**. Das ist aus unserer Sicht nicht belanglos. Ich denke, das ist eine Forderung, die ist nur recht und billig, zum einen für die Einwohner der Stadt und zum anderen für die Bürger, die in den anliegenden Gemeinden der zukünftigen Abfallbehandlungsanlage leben werden. Insofern bitte ich Sie um Zustimmung zu unserem Änderungsantrag.“

Herr **Bönisch**: "Gibt es weitere Wortmeldungen? – Bitte, Herr Dr. Köck."

Herr **Dr. Köck**, PDS-Fraktion: "Wir haben also auch noch einen **Änderungsantrag** als Ergänzung, und zwar wissen wir ja alle, dass die Zeit sehr knapp wird. Wir haben uns also auch darüber verständigt, was uns dann als Chance noch bleibt, um die Entsorgungssicherheit herzustellen. Das möchten wir schon mit in den Beschlusstext hier verankert haben. Der wird also lauten als **5. Punkt: Kommt ein rechtswirksamer Versorgungsauftrag bis zum 30.04.2004 nicht zustande, ist die Ausschreibung aufzuheben. Die Abfallbehandlung ist dann als Dienstleistung standort- und verfahrensoffen auszuschreiben**.

Das wäre der Antrag. Ich habe jetzt noch eine Bemerkung zum Sachantrag der HAL-Fraktion. Wie wünschenswert das ist, hier also eine Deckelung des Preises vorzunehmen – ich denke schon, dass wir auch aus dem Grund, weil dieser Preis in der Ausschreibung mit drin war, möglicherweise auf unsere erste Runde so wenig Resonanz gefunden haben. Das ist der eine Punkt. Dann wäre es sicherlich günstiger, hier eine Formulierung zu finden, die es ermöglicht, auf fünf Jahre meinetwegen den Angebotspreis festzuschreiben und nicht im zweiten Jahr vielleicht mit Preistreibklauseln dann das, was man am Anfang zugibt, binnen kürzester Frist wieder reinholt. Das ist also z.B. ja bei der Abfallbehandlung in Sachsen mit dieser großen – also Methanolherstellung der Fall, wo also zum Vertragsabschluss tolle Preise gemacht worden sind, aber nach fünf Jahren war das also weit jenseits von gut und böse eben durch Preistreibklauseln, die drin sind. Das ist sicherlich dann eine Frage, die bei der Ausschreibung des Textes ganz genau formuliert werden müsste. Insofern kann ich jetzt keinen konkreten Änderungsantrag hier zu der Formulierung auf die Schnelle finden, die dem adäquat wäre. Ich wollte es bloß hier in den Raum stellen, vielleicht gibt es da noch einen Vorschlag aus dem Gremium.“

Herr **Bönisch**: "Bitte, Herr Doege."

Herr **Doege**, Beigeordneter für Ordnung und Sicherheit: "Herr Dr. Köck, ich habe den Änderungsantrag zu Punkt 1 hier nicht richtig akustisch mitbekommen. Haben Sie das schon formuliert, schriftlich?"

Herr **Dr. Köck**: "Unser ist schriftlich formuliert, und das andere war bloß die Frage in den Raum..."

Herr **Doege**: "...muss ich einmal darum bitten, dass ich den bekomme, ehe ich Stellung – was sagen kann, wäre es schon günstig, erst einmal zu lesen."

Herr **Bönisch**: "Gibt es weitere Wortmeldungen? Bitte, Herr Prof. Schuh."

Herr **Prof. Schuh**, UB-Fraktion: "Meine Damen und Herren, dieser ganze Vorgang ist ja relativ kompliziert und er ist ja ausführlich also besprochen worden in Sondergremien und so weiter und so weiter. Und ich hatte ja im Hauptausschuss den Eindruck, dass also dann hinterher man vor lauter Bäumen den Wald nicht sieht."

Ich möchte hier davor warnen, diese Vorlage noch mit immer weitergehenden, unübersehbaren Sonderkonditionen zu befrachten. Ziehen Sie das doch bitte jetzt so durch! Wenn wir noch ein bisschen beraten und noch was reinschreiben und noch was reinschreiben, haben wir hinterher überhaupt keine Anlage."

Herr **Bönisch**: "Herr Sänger, bitte."

Herr **Sänger**, CDU-Fraktion: "Meine Damen und Herren, wir sind uns ja darüber einig, dass der Beschluss, den wir im Dezember gefasst haben, ohnehin aufgehoben werden muss. Und nach gründlicher Überlegung insbesondere hatten wir am Montag noch einmal die Gutachter bzw. die Berater der Stadt bei uns in der Fraktion. Und in deren Vortrag habe ich also festgestellt, dass die Paketlösung mindestens gleichermaßen in der Wertung zu sehen ist, wie die Vergabe insgesamt. Nun muss ich die Frage mal aus der Sicht der Stadt Halle stellen, insbesondere unserer Bürger, die ja in den nächsten 20 Jahren die Gebühren entrichten müssen. Wenn ich sehe, dass im Moment bei einer Fremdvergabe man durchaus bei 81 € bis 88 € Verträge schließen kann mit einer hohen Sicherheit auch für die Stadt und wir aber am Montag Zahlen hören mussten, die sich durchaus bei um die 100 € bewegen, stelle ich mir die Frage, ob das Risiko nicht zu groß ist für uns, eine solche Entscheidung zu treffen, sondern die zumindest aus meiner Sicht bessere Lösung, nämlich als Fremdvergabe – und heute ist der Zeitraum auch, der noch komfortabel in diesem Jahr, das fremd zu vergeben. Da werden die Preise noch ganz vernünftig sein. Wenn wir scheitern mit der Ausschreibung, was ja nicht ausgeschlossen ist, erhebt sich die Frage, dass dann ja die Fremdvergabe erfolgt. Und ob wir dann am Markt noch diese Preise erzielen, zweifle ich an. Ich persönlich kann also der Vorlage der Verwaltung so nicht folgen."

Herr **Bönisch**: "Herr Doege, bitte. – Herr Doege möchte noch nicht, dann Herr Lehmann, dann Herr Weiland."

Herr **Lehmann**, SPD-Fraktion: Herr Vorsitzender, Frau Oberbürgermeisterin, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben im letzten Hauptausschuss eine sehr ausführliche Diskussion dazu geführt, in den Fraktionen....Zeit davor. Wir hatten uns – daran darf ich erinnern – darauf verständigt, dass der Ausschreibungstext dann noch mal diskutiert wird, und ich glaube, das ist der richtige Ort, um über die Frage der Konditionen, zu denen ausgeschrieben wird, vernünftig und zielführend zu diskutieren. Ich weiß z.B., so sympathisch mir solche Festlegungen auch sind, aber zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht, ob z.B. 15 oder 25 Arbeitsplätze sinnvoller oder 105 € oder 110 € sinnvoller Weise formuliert werden sollten. Darum schlage ich vor, so eine Position aus dem Grundsatzbeschluss rauszuhalten, sie lieber in der Vergabediskussion – das noch einmal hin und her zu wenden. Das ist der eine Teil. Deswegen kann ich diesem – so richtig ich die Forderung finde – zum gegenwärtigen Zeitpunkt für die Fraktion so nicht zustimmen. Der zweite Punkt ist, was die Vergabelösung Freivergabe anbelangt: Ich denke, dass das mindestens einen Vorrang hat, haben wir jedenfalls in der Diskussion der Gutachter, die auch bei uns waren, so nicht gehört und insbesondere die Frage, ob nach einer standort...gebundenen und technikoffenen Ausschreibung, vorausgesetzt, wir bekämen keine oder keine ausreichenden Bewerbungen, ist immer noch allemal Zeit, die Freivergabe auszuschreiben und die Gutachter, ausdrücklich daraufhin befragt, haben das wirtschaftliche Risiko, also, insbesondere die Frage des Preises so gering eingeschätzt, dass sie auf Befragen empfohlen haben, in dieser Reihenfolge, wie wir es im Hauptausschuss auch besprochen haben, vorzugehen. Insofern hat die SPD-Fraktion im Moment keinen Anlass an dieser Position etwas zu ändern."

Herr **Bönisch**: "Herr Weiland, bitte."

Herr **Weiland**: "Frau Oberbürgermeisterin, Herr Vorsitzender, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte an der Stelle nur noch einmal in Erinnerung rufen: Zugegeben, das Verfahren ist kompliziert, aber es soll sich doch niemand der Illusion hingeben, dass, wenn das hier beschlossen ist, der Stadtrat dann noch relevante Einflussmöglichkeiten hat an der Stelle. Es wird natürlich ein Verhandlungsverfahren geben dazu, und ich unterstelle mal, dass die Verwaltung das nach bestem Wissen und Gewissen macht, aber wenn dann zum Schluss hier ein Behandlungspreis von 150 € pro Tonne herauskommt oder so, dann kommt das raus und dann werden wir nicht mehr darüber bestimmen. Und ich denke, an der Stelle ist es schon wichtig. Insofern kann ich Sie auch nicht verstehen, Herr Lehmann, weil das, was wir machen wollen – wir wollen lediglich eine Deckelung nach oben bei 110 € einziehen und eine Deckelung nach unten bei mindestens 15 Arbeitsplätzen. So, wie die Vorlage jetzt ist, ist alles möglich, da sind 200 € und Null Arbeitsplätze möglich. Und das ist genau der Punkt an der Stelle, weil - die Verantwortung des Stadtrates endet mit dieser Vorlage heute. Wir beauftragen die Verwaltung, ein ...Verhandlungsverfahren durchzuführen bzw. eine Ausschreibung vorzunehmen an der Stelle. Und da, denke ich schon, sollten wir deutlich artikulieren, was wir aus politischem Willen in dieser Vorlage stehen haben wollen und zu nichts anderem dient letztendlich unser Änderungsantrag an der Stelle. Danke."

Herr **Bönisch**: "Herr Scholze, bitte."

*(Gespräch der Tagungsleitung ohne Mikrofon)*

Herr **Doege**: "Frau Oberbürgermeisterin, Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, ich darf vielleicht erst einmal eingangs sagen, wenn der Wunsch im Rat besteht, dass noch einmal ein Sachvortrag unseres beratenden Unternehmens ... hier vorherrscht, dann würde sich Herr Dr. Braun, der unter den Zuschauern weilt, dafür zur Verfügung stellen. Das bedürfte aber einer besonderen Beschlussfassung. Ich will das nur anbieten, nicht dass letztendlich hier dann der Eindruck entsteht, wir würden Ihnen jetzt entsprechenden Sachverstand vorenthalten. Dem möchte – möchte ich gleich dagegensprechen. Zum anderen möchte ich – ehe ich mich zur Sache äußere – denke ich, auch im Namen der Frau Oberbürgermeisterin, mich bei allen beteiligten Fraktionen und Ratsmitgliedern bedanken für – bevor wir eine Entscheidung treffen, mache ich das bewusst – die Mitwirkung in diesem Verfahren, was ja wirklich außergewöhnlich war, dass unter Hintenansetzung aller Forderungen aus Fristen und aus Beteiligungen – denke ich, haben wir uns hier zusammengefunden in Vorbereitung dieser Beschlussvorlage in einem sehr kooperativen Miteinander. Damit schließe ich natürlich auch ein andere Auffassungen, die jetzt die Verwaltung hat. Ich denke aber trotzdem, es war ein Verfahrensweg, der in dieser Frage vernünftig war, und es war vor allem ein Verfahrensweg, den ich Ihnen in gleicher Weise für die Fortbehandlung dieser Beschlussvorlage – wenn sie denn im Rat durchkommt, wovon – was ich wünsche und hoffe, wovon ich ausgehe – dass wir dann auch dieses kooperative Verfahren seitens der Verwaltung Ihnen ausdrücklich anbieten und auch durchsetzen wollen. Vielleicht soviel erst einmal zum Eingang. Ich erlaube mir, jetzt noch einmal zumindest weitere Ausführungen zur eigentlichen Beschlussvorlage und zur Begründung, die wir ja nun doch lang und breit besprochen haben, darauf zu verzichten. Ich würde jetzt noch einmal Stellung nehmen auf die Argumente, die namentlich natürlich aus der – von Seiten der HAL-Fraktion gekommen sind in Bezug auf den Änderungsantrag, auch seitens der PDS-Fraktion mit dem Änderungsantrag und würde dann gleicher Weise auch vorschlagen, wie wir als Verwaltung diesen weiteren Weg gemeinsam mit dem Stadtrat oder mit entsprechenden Beauftragten des Stadtrates gehen sollten. Ich denke, das ist hier angebracht an dieser Stelle."

Zum Änderungsantrag der HAL-Fraktion vielleicht soviel, wir hatten ja am Montag ein sehr intensives Gespräch in Ihrer Kreise und auch ein sehr langes, muss man ja dazu sagen, wir haben diese Punkte dort besprochen, das ist – oder die wurden von Ihnen thematisiert. Ich möchte hier noch einmal das, was wir gesagt haben, dort in der Fraktion, auch hier den anderen Fraktionen so deutlich geben.

Wir haben Probleme, diese Beschlussvorlage mit einer Obergrenze der Behandlungskosten und dem Wegfall einer Mengenbegrenzung oder der bestimmten – oder einer Festlegung einer weiteren Mengenbegrenzung in dieser vorgeschlagenen Form - das jetzt in diese Vorlage aufzunehmen. Wir gehen, denke ich, auch gemeinsam davon aus, diese Beschlussvorlage begründet primär jetzt als ersten Arbeitsschritt die Erarbeitung der Ausschreibungs-, der Vergabeunterlagen für ein EU-weites Verhandlungsverfahren. Es wird ein Verhandlungsverfahren gewählt, weil einfach die ganzen Randbedingungen ja gegenwärtig überhaupt nicht exakt fassbar sind. Das ist ja auch letztendlich in – diese Besorgnis kommt ja auch in Ihren Änderungsanträgen oder in Ihren anderen Bemerkungen zum Ausdruck. Insoweit sind aber letztendlich verbindliche Aussagen und Festlegungen, in die wir natürlich den Rat einbeziehen müssen und auch wollen, erst letztendlich in der Konkretisierung der zu erreichenden Zielstellungen und naturgemäß auch deren Priorisierung. Wir haben ein ganzes Bündel von Zielstellungen in diesem Modell. Wir müssen uns dann auch einmal gemeinsam durchringen, was priorisieren wir – Behandlungskosten, Abfallgebühr, Ertrag für den städtischen Haushalt, Gebührenstabilität, welche Zeiträume, welcher Einfluss auf die Preisklausel. Alles das soll ja, wie das auch, denke ich, sehr bildhaft dargestellt worden ist von Frau Dr. Jasper im Hauptausschuss in diesem trichterförmigen Präzisionsverfahren auch gemeinsam, zumindest mit dieser Arbeitsgruppe und dem Hauptausschuss - das ist unsere Vorstellung, unser Vorschlag - beraten werden, d.h. wir werden auch, positive Entscheidungen zu Beschlussvorschlag unterstellt, diese Arbeitsgruppe und den Hauptausschuss, also letztendlich diese Stadträtinnen und Stadträte in den Gremien auch verstärkt zeitlich in Anspruch nehmen müssen, aber ich denke mal, das ist in beiderseitigem Sinne und auch in beiderseitigem Interesse. Insoweit möchte ich also deutlich gegen diesen Vorschlag auch seitens der HAL-Fraktion sprechen..."

Herr **Bönisch**: "Herr Doege, darf ich da gleich noch einmal bitten, dass Sie das klarstellen, wie das Verfahren jetzt eigentlich endet, also wer zum Schluss den Vertrag unterzeichnet, auf welcher Basis, also gibt es noch einen Ratsbeschluss oder gibt es keinen..."

Herr **Doege**: "Es ist dann letztendlich eine Vergabeentscheidung des Stadtrates der Stadt. Zu guter Letzt ist der Stadtrat ohnehin dabei, das geht gar nicht anders. Wer sich zu einem EU-weiten Verhandlungsverfahren entschließt, der hat letztendlich dann im Umkehrschluss das Prozedere zu wählen, was für ihn verbindlich vorgeschrieben ist als Stadt. Und der Stadtrat beschließt nachher letztendlich die Vergabeentscheidung, wer den Zuschlag bekommt. Das geht nicht anders. Also darüber sind wir uns letztendlich auch inhaltlich insoweit auch mit den Beratern, sowohl Frau Dr. Jasper als auch mit Herrn Dr. Kraushaar, klar. Wir wollen bloß diesen Weg dorthin gemeinsam mit Ihnen gehen und wollen Sie dort mit einbinden weitestgehend, damit wir nachher hinterher, wenn wir dann soweit sind, nicht wieder, ja, nun sage ich mal, wieder von vorn anfangen. Ich denke, das wäre das Schlimmste. Ich kann Ihnen das nur zusichern. Nun können Sie mir natürlich sagen, ja, der hat da vorn gut reden, der hat noch nicht solange die Gelegenheit, uns hinters Licht zu führen – ich kann Ihnen nur sagen, ich will Sie nicht hinters Licht führen und keiner in der Verwaltung. Dazu ist uns dieser Prozess zu wichtig, auch im Interesse natürlich des Standortes Lochau und seiner, letztendlich dort gewerblichen Entwicklung. Das sage ich auch so deutlich, dass das für die Verwaltung eine sehr verbindliche Handlungsmaxime ist, in die wir Sie natürlich gemeinsam mit einbinden wollen. Wir müssen das hier ohnehin, auch unter dem Zeitfaktor nur gemeinsam bewerkstelligen, selbst, wenn es bei diesem oder jenem oder dieser oder jener Vorbehalte generell gegen dieses Paketmodell gibt.

Zum Preis im Punkt 2 des Änderungsantrages: Ich könnte diese Formulierung, denke ich, auch schon rein inhaltlich auch nicht mittragen. Wenn dort steht "darf für die Dauer nicht überschreiten" – das geht nicht, da kommen wir – kriegen wir selbst sogar Schwierigkeiten mit den Steuerbehörden. Das geht einfach nicht. Unternehmen kann man insoweit nicht knebeln. Es müsste eine Preisgleitklausel ohnehin zwingender Bestandteil sein. Was machen wir, wenn gesetzliche Änderungen kommen? Wer soll letztendlich das sich daraus erwachsende Veränderungspotential, wer soll das tragen? Wir dürfen nicht einen Beschluss fassen, der unter Umständen dann in irgendeiner Weise ein Unternehmen quasi einseitig belastet. Das ist gesetzlich unzulässig. Ich muss das einfach sagen. Hier könnten wir das nicht so mittragen, und ich hätte auch Sorge, mit diesem Preis jetzt zu dem Zeitpunkt – wenn es nachher letztendlich in den Entscheidungskatalog reinkommt für die Vergabe – dann ist es, denke ich, wichtig im Verhandlungsverfahren dort entsprechende Grenzen einzuziehen, doch aber nicht jetzt schon zu diesem frühen Zeitpunkt. Ich bitte sehr, dass das noch einmal beachtet wird.

Was die Übernahme von Arbeitnehmern anlangt, es ist richtig, wir haben besprochen, letztendlich auch in der HAL-Fraktion, dass also dort die Vorstellung – und das wurde auch gesagt – wenn man also eine MBA einrichten würde – wir wollen ja technikoffen ausschreiben, aber präferiert wird ja zumindest in der HAL-Fraktion eine MBA, dann muss man, kann man maximal bei einem Umsatz vielleicht 15 Arbeitnehmer übernehmen. Aber letztendlich ist das eine sehr, sehr vage Ansage und die könnten wir überhaupt nicht so untersetzen. Ich meine, wenn wir technikoffen ausschreiben und wenn wir Präferenz vorsetzen – und da haben wir ja in unserem Beschlussvorschlag drin: Übernahme von Beschäftigten im betriebswirtschaftlich möglichen Umfang. Was erwarten Sie eigentlich mehr? Wir können doch dort nicht irgendjemanden einer solchen Gesellschaft jetzt, sage ich einmal, 50 Arbeitnehmer aufs Auge drücken, wenn die Gesamtanlage vielleicht bloß – ich weiß es nicht, es ist ja technikoffen – vielleicht 40 Arbeitsplätze hergibt oder 35. Dann geht doch, dann können wir doch eine solche Formulierung – ich würde Sie wirklich darum bitten, dass Sie das aufheben für den Präzisierungsprozess, in den wir Sie ja einbeziehen und dass wir dann letztendlich bei der Konkretisierung der Ausschreibungsunterlagen dann diese Aspekte auch noch einmal dann einbeziehen werden.

Was die Ziffer 4 anbelangt, meine ich, haben wir bereits in unserem Vorschlag gesagt, indem wir uns auf die TA Siedlungsabfall und die Abfallablagereverordnung beziehen, dass wir dann ohnehin letztendlich an den umweltverträglichen und gesundheitsverträglichen Aspekt, der ja schon gesetzlich geregelt ist, einbezogen haben. Ich würde hierfür keinen weiteren Handlungsbedarf sehen. Ich will auch nicht vermuten, was dahinter steht, das ist klar, dass Sie sich zur Gesundheitsverträglichkeit immer noch nahezu, ja, wie soll ich sagen, Glaubenskämpfe zwischen MBA und MVA abspielen, in die will ich überhaupt nicht eingreifen, das ist nicht mein Amt, aber gut, wenn auf diesem Punkt bestanden würde, dann könnte sicherlich die Verwaltung mit diesem Punkt leben. Er ist dann eine weitere Randbedingung, die uns aber nicht solche Fesseln auflegt in der Formulierung, wie jetzt beispielsweise in den anderen Punkten mit dem Preis usw. gesagt worden ist.

Zum Änderungsantrag der PDS-Fraktion: Müssten wir dann, Herr Dr. Köck, zumindest rechtswirksamer "Restabfallbehandlungsvertrag" sagen und nicht "Entsorgungsvertrag". Wir wissen beide, was wir meinen, aber ich – es wäre zumindest zur begrifflichen und inhaltlichen Klarstellung wichtig. Und Sie sagen jetzt also, wenn wir in rund 1 und 3/4 Jahr nicht Bescheid wüssten mit diesem Verfahren, dann müssten wir uns...

Wir haben vor – ich will das so deutlich sagen, es ist auch noch einmal deutlich gesagt worden im Hauptausschuss und auch in den anderen Fraktionen, die PDS hatte ja auf diesen Informationsfluss verzichtet als Fraktion, ich will es aber trotzdem der Chronistenpflicht genügend sagen – wir haben mit unseren Beratern ohnehin besprochen, dass wir in dieses Verfahren in jedem Falle eine Ausstiegsklausel reinbringen müssen, selbst wenn es also in irgendwelche Unerträglichkeiten kommt, dass sich dann sofort anschließt an dieses Verfahren, dass notwendigerweise ein Dienstleistungsvertrag

auszuschreiben. Eine andere Möglichkeit hätten wir dann nicht. Also, das ist ohnehin zumindest beraten und besprochen, ist auch in den Fraktionen so gesagt worden. Ich hoffe, meine Worte strafen mich jetzt nicht Lügen, aber ich erinnere mich zumindest. – Nee, das ist nicht eine Glaubensfrage. Es geht ja darum, ob es wirklich gesagt worden. Aber es ist gesagt worden und insoweit wäre es entbehrlich, aber ich würde jetzt, wenn es denn der Sache dient, denke ich, würde die Verwaltung mit diesem Antrag leben können. Er ist insoweit eigentlich, ich will nicht sagen unschädlich, er legt einen Termin fest und bindet uns zumindest, ordentlich und schnell – zügig, nicht schnell, zügig zu arbeiten. Das war' s erst einmal von meiner Seite. Wenn weitere Fragen sind, dann..."

Herr **Bönisch**: "Herr Scholze, bitte."

Herr **Scholze**, FDP-Fraktion: "Herr Vorsitzender, Frau Oberbürgermeisterin, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich denke, alle Stadträte, die sich in der Vergangenheit mit dieser Thematik, insbesondere gerade im letzten Monat auch sehr intensiv befasst haben, sind sich der Sache bewusst, dass man hier auch irgendwo mit dieser Beschlussvorlage, die wir als FDP-Fraktion ausdrücklich begrüßen, einen Kompromiss schließt. Einen Kompromiss auf der einen Seite, dem Bedürfnis der Bürger gerecht zu werden, einen möglichst niedrigen Abfallbehandlungspreis zu erzielen und auf der anderen Seite in einem bestimmten Maße Bedingungen in einer Art Korridor vorzugeben, die für uns wichtig sind als Stadt Halle. Ich denke, wenn es darum geht, einen günstigen Preis zu erzielen und wenn das quasi unsere einzigste Bedingung wäre, dann ist natürlich die Fremdvergabe Freie Ausschreibung der beste Weg. Aber ich denke, jeder, der hier im Stadtrat sitzt, sollte sich auch der Verantwortung für den Standort Lochau bewusst sein. Die Ziele, die wir im Punkt 3 formuliert haben, die als Korridor vorgegeben sind, denke ich, sind in dieser Form ausreichend und notwendig. Ich habe das auch am Montag in der gemeinsamen Sitzung mit der CDU-Fraktion, wo die Experten uns noch einmal zur Verfügung standen, auch noch einmal nachgefragt. Es ist ja wirklich so, in dem Verhandlungsverfahren, wenn sich jetzt – nehme ich mal an – vielleicht acht beteiligen sich am Anfang, nachdem der Startschuss erteilt wurde und am Ende bleiben drei übrig, mit denen man in eine engere Verhandlung tritt – dann ist das ja, bildlich gesprochen, so wie bei der UMTS-Vergabe, wo man mit denen in verschiedenen Räumen sich unterhält und guckt, wo kriegt man wirklich die meisten besten Bedingungen für die Stadt Halle raus, und dann wird am Ende, wie Herr Doege schon sagte, durch den Stadtrat entschieden. Bei den Bedingungen und dem Preis sind wir in der Lage, das genau so zu machen. Also ich denke, mit diesem Beschlussvorschlag, den wir hier bekommen haben, ist der richtige Weg für die Stadt Halle gewählt."

Herr **Bönisch**: "Frau Dr. Haerting, bitte."

Frau **Dr. Haerting**, HAL-Fraktion: "Also zum einen möchte ich Herrn Doege an einer Stelle doch mal heftig widersprechen. Wenn Sie meinen, dass die Umwelt und Gesundheit Sie nichts angeht. Sie haben ja auch das Umweltressort in Ihrem... doch so eine Formulierung kam vorhin, weil auf unseren Punkt hingewiesen worden ist – Punkt 4. Und zum anderen muss doch noch einmal klar gesagt werden, dass es wirtschaftlich schlecht ist, wenn man sich an Müllmengen orientiert, die vielleicht und mit viel Mühe die Hunderttausend erreichen, und wir müssen doch eine Lösung finden, die an dem niedrigsten Level ansetzt und dann wirtschaftlich gut erweiterbar ist. Und diese Überlegungen dürfen jetzt bei dieser Beschlussfassung nicht unberücksichtigt bleiben."

Herr **Bönisch**: "Herr Lehmann, bitte."

Herr **Lehmann**, CDU-Fraktion: "Herr Vorsitzender, Frau Oberbürgermeisterin, meine Damen und Herren, ich widerspreche zwar ungern unserem Fraktionsvorsitzenden, aber Herr Sänger hat vorhin ja ausdrücklich seine persönliche Meinung abgegeben, und ich möchte das eigentlich für die andere Meinung in der Fraktion, weil die Fraktion in dieser Angelegenheit doch etwas gespalten ist, noch einmal das wiederholen, was ich bereits an anderer Stelle schon gesagt habe.

Der alte Beschluss war auch eine politische Entscheidung für den Standort Lochau, für die Möglichkeit, dort zukünftig weiteres Gewerbe, weitere Industrie anzusiedeln, Arbeitsplätze zu sichern, Wertschöpfungen etc. etc.. Wir sind lediglich an zwei Punkten gescheitert, nämlich an dem Verfahren, das wir eingeleitet hatten – da hat uns die Vergabekammer gesagt, dass es so nicht in Ordnung - und wir sind daran gescheitert, dass wir den Preis festgenagelt hatten, der zumindest mit den jetzt vorliegenden Angeboten nicht zu halten war. An dieser politischen Entscheidung, die wir seinerzeit getroffen haben, hat sich für den Teil der Fraktion, für den ich jetzt hier spreche, überhaupt nichts dran geändert, das wollen wir weiterhin. Wir wollen nur das Verfahren festklopfen, wir wollen das Verfahren festklopfen, und da sind wir mit der Vorlage, glaube ich, auf einem guten Weg mit allen Optionen hinten raus. Und wir wollen nach wie vor den möglichst besten Preis für den Bürger erzielen. Und insoweit werden wir, wie gesagt, ich spreche ja hier für einige aus der Fraktion, werden wir hier überhaupt keinen Änderungsanträgen zu dieser Vorlage zustimmen. Dankeschön."

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler**: "Ja, jetzt könnte ich mir ja – na jetzt habe ich angefangen – jetzt könnte ich mir eigentlich meine Rede ersparen, Herr Lehmann hat das eigentlich sehr schön zusammengefasst. Ich denke auch, das, was Herr Sänger gesagt hat, ist natürlich eine Sicht. Möglichst niedrige Gebühren – das möchten wir gerne alle, aber ich denke, wir müssen hier schon die Gesamtverantwortung für die Situation sehen. Und das heißt halt, den Standort zu sehen, die Beschäftigten dort und auch die möglichen wirtschaftlichen Entwicklungen, die wir uns damit aufbauen. Und ich denke, die sollten wir uns nicht verbauen, denn das hat auch Auswirkungen auf die ganze Stadt; nichts fehlt uns so sehr wie Arbeitsplätze. Und wenn es uns gelingt, dort ein Gewerbegebiet zu entwickeln, wo Unternehmen hingehen, die darauf angewiesen sind, Restmüll zu entsorgen und die das deshalb tun, weil sie es dort auf kurzem Wege erledigen können, dann sollten wir alles tun, um eine solche Entwicklung auch voranzubringen. Und, natürlich muss in diesem Verhandlungsverfahren – müssen die Gebühren eine wesentliche Rolle spielen. Und deswegen ist das Verfahren ja auch so geschickt – das ist eigentlich, denke ich, von Herrn Scholze sehr gut beschrieben worden, wie das Verfahren laufen soll – und ich möchte noch einmal daran appellieren, dass diejenigen, die damals der Vorlage zugestimmt haben - die stimmen im Prinzip inhaltlich den gleichen Zielen zu, nur das Verfahren ist geändert worden, Herr Lehmann hat das noch einmal gesagt. Und deshalb appelliere ich noch einmal daran, heute hier wirklich dieser Vorlage zuzustimmen, damit wir jetzt endlich arbeiten können und zwar zielgerichtet auf die Ergebnisse, die wir uns hier gesetzt haben."

Herr **Bönisch**: "Herr Dr. Köck, bitte."

Herr **Dr. Köck**: "Ich mach mal einen Kompromissvorschlag für die HAL-Fraktion. Vielleicht könnte man dem entsprechen, indem wir hier beschließen als Protokollnotiz oder so, dass die Inhalte des Sachantrages bei der Ausschreibungserstellung zu berücksichtigen sind. Da es eh noch einmal diskutiert wird – und da bräuchten wir jetzt nicht noch stundenlang drüber reden und vielleicht eine Kampf Abstimmung herbeizuführen."

Herr **Doege**: "Ich denke, dagegen wäre nichts einzuwenden. Ich möchte aber mich noch einmal an die HAL-Fraktion wenden. Was diesen Mengenkorridor anbelangt, dann möchte ich ganz einfach sagen, wir haben auch die Möglichkeit, bei der Präzisierung dieses Verhandlungsverfahrens, dieses Ausschreibungsverfahrens natürlich auch Nebenangebote

zuzulassen und letztendlich auch Nebenangebote mit abzustellen. Die könnten ja beispielsweise dann unterschiedliche Mengenkorridore umfassen. Das ist aber alles, nun sage ich es einmal, Handwerkszeug einer Ausschreibung. Das sollte man nicht in einem Grundsatzbeschluss hier bis zum Exzess treiben, Entschuldigung, ich unterstelle Ihnen keinen Exzess, es lag mir halt auf der Zunge. – Aber man sollte vielleicht das noch einmal unter diesem Aspekt sehen, dass wir also tatsächlich diese Fragen ja mit einbeziehen können, und das steht ja nun auch im Protokoll, was ich jetzt gerade gesagt habe. Also insoweit würde ich schon noch einmal bitten, ich meine, so eine Formulierung, so ein Vorschlag, wie ihn Herr Dr. Köck unterbreitet hat, wenn er denn der Sache dient, denke ich, sollten wir auf den einsteigen, und ich hätte damit kein Problem.”

Herr **Bönisch**: ”Herr Weiland, bitte.”

Herr **Weiland**: ”Ja, ich will noch mal kurz auf Herrn Doege eingehen. Um einen Exzess geht es uns nicht, aber ich darf Sie daran erinnern, mit dem Beschlussvorschlag heben wir zwei Beschlüsse des Stadtrates auf, den ersten Beschluss vom 18.04., den wir mitgetragen haben und den vom 12.12., der ja aufgehoben werden muss, weil alles das, was die Experten damals versprochen hatten, offensichtlich so windig war, dass es nicht eingetreten ist – muss man an der Stelle ganz deutlich sagen, sonst hätten wir heute nicht diese Situation. Und so viel möchte ich zur Historie auf alle Fälle anmerken, weil auch der letzte Beschluss mit bestimmten Versprechungen oder mit bestimmten Ansagen der Verwaltung und seitens der beigezogenen Experten herbeigeführt worden ist. Und es hat sich herausgestellt, dass alle die Ansagen und alles, was dazu gesagt worden ist, untauglich war. Das vielleicht als Anmerkung. – So, mit dem Vorschlag von Herrn Köck könnte ich weitgehend mitgehen, wenn das als relevante Punkte in die Verhandlung für die Ausschreibung mit aufgenommen wird. Da kann ich sehr wohl mitgehen an der Stelle, denn ich muss einfach sagen, es soll sich ja niemand der Illusion hingeben, mit der Vergabeentscheidung sind dann noch relevante Sachen im Einzelnen zu beeinflussen – da können wir unterscheiden, wem wir es denn geben von den drei, vier oder fünf, die da sind. Aber wenn dann jemand kommt und sagt, ich möchte aber nur einen Behandlungspreis von 110 €, und die Bieter beginnen bei 120 €, dann werden wir eindeutig sagen an der Stelle, das haben wir ja damals so nicht beschlossen – der Stadtrat. Das ist einfach so. Wir haben ja schon einige solche Sachen hinter uns, das ist ja nicht so ganz von vorgestern auf dieser Strecke. Und insofern möchte ich einfach trotzdem noch einmal alle bitten, dieser Beschlussvorlage, diesem Änderungsantrag von uns zuzustimmen. Und ich denke, die Aufnahme über das Protokoll, dass das also da mit eingehen sollte, damit kann ich leben an der Stelle.”

Herr **Bönisch**: ”Was heißt jetzt das, Herr Weiland? Sie möchten den Änderungsantrag aufrechterhalten – und soll zur Abstimmung kommen?”

Herr **Weiland**: ”Ja. Und zwar bitte die Punkte einzeln.”

Herr **Bönisch**: ”Einzeln. Ja, bitte. – Herr Voß, bitte.”

Her **Voß**, SPD-Fraktion: ”Sehr geehrter Herr Vorsitzender, Frau Oberbürgermeisterin, sehr geehrte Damen und Herren, der Vorschlag der Verwaltung, Verhandlungsverfahren durchzuführen, ist ein sehr guter Vorschlag, weil er der Verwaltung einen sehr weitgehenden Spielraum einräumt, auf der anderen Seite aber auch sichergestellt ist, dass der Stadtrat - und in seinen Ausschüssen - im Einzelnen informiert wird. Jede Art der Einschränkung, sei es durch Vorgabe von konkreten Arbeitnehmerzahlen, sei es durch Vorgabe von Preisen, führt dazu, dass die Anzahl der potentiellen Bieter eher verringert als erhöht wird und nimmt damit der Verwaltung einen Spielraum.

Deswegen bin ich dagegen, dass so in irgendeiner Form in die Ausschreibung mit aufzunehmen, sondern das ist Sache im Verhandlungsverfahren, wo das dann zu konkretisieren ist. Wir dürfen uns auf der anderen Seite aber auch nichts vormachen, das, was dort in der Vorlage – ich glaube in Punkt 3 – steht, das sind Wunschvorstellungen, die wir haben, die sind sinnvoll, die zu formulieren, aber wir werden – die widersprechen sich zum Teil – und wir werden damit mit Sicherheit Schwierigkeiten bekommen. Und die können wir nur sinnvoll besprechen in den einzelnen Ausschüssen und zwar dann, wenn die Probleme auftauchen. Und es ist zu früh, jetzt zu versuchen, diese Probleme bereits vorab zu lösen und insbesondere, vorab bestimmte Dinge herauszugreifen und als – und festzuklopfen, ohne dass wir wissen, wo die Schwerpunkte der Angebote überhaupt liegen werden. Deswegen appelliere ich an Sie, dem Antrag der Verwaltung ohne Änderung zuzustimmen. Dankeschön.”

Herr **Bönisch**: ”Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor, so dass wir jetzt zur **Abstimmung der Änderungsanträge** kommen könnten. Ich denke, der **Änderungsantrag** der HAL-Fraktion und der der PDS haben nichts miteinander zu tun. Deswegen würde ich hier auch keinen weitergehenden erkennen, sondern wir würden dann in der Reihenfolge der Einbringung vorgehen und den der **HAL-Fraktion** zuerst zur Abstimmung bringen und zwar einzeln.

Wer dem Punkt – wir kommen also jetzt zur Abstimmung – wer dem **Punkt 1** des Änderungsantrages – der liegt doch allen vor, zweifellos oder ist da... – wer also dem Punkt 1 des Änderungsantrages zustimmen kann, den bitte ich jetzt ums Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Das sind deutlich mehr, damit ist der Änderungsantrag in Teil 1 **abgelehnt**. –

**Teil 2**, also Zweitens – Wer dem Antrag zustimmen kann, den bitte ich ums Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Das sind wiederum mehr, also auch hier **abgelehnt**. –

**Punkt 3** – Wer kann dem Punkt 3 des Änderungsantrages zustimmen? Bitte jetzt ums Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wiederum mit Mehrheit **abgelehnt**.

Und letztens **Punkt 4**. Wer kann diesem Punkt zustimmen, den bitte ich ums Handzeichen. – Und wer ist dagegen? – Ist auch dieser **abgelehnt**.

Damit ist der **Änderungsantrag der HAL-Fraktion** in Gänze **abgelehnt**.

Wir haben noch den **Änderungsantrag der PDS-Fraktion**. Ich lese den noch einmal vor: Als *Punkt 5* ist einzufügen: *Kommt ein rechtswirksamer Restabfallbehandlungsvertrag bis zum 30.04.2004 nicht zustande, ist die Ausschreibung aufzuheben. Die Abfallbehandlung ist dann als Dienstleistung standort- und verfahrensoffen auszuschreiben.*

Wer kann diesem Änderungsantrag zustimmen, den bitte ich ums Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Ich ... dann bitte ich um Auszählung. – Noch mal, bitte, wer ist dafür? Wer ist jetzt für diesen Änderungsantrag? Nee, dafür bitte. Wer ist jetzt dafür? – Zählen! – Wer ist dagegen? – Und wer enthält sich? – Danke, dann bitte ich ums Ergebnis. –

Damit ist der Änderungsantrag **mit 21 Ja- und 24-Nein-Stimmen abgelehnt**.

Wir haben dann also die ungeänderte Vorlage – über die ungeänderte Vorlage zu beschließen. Wer der ungeänderten **Vorlage** zustimmen kann, den bitte ich jetzt ums Handzeichen. – Das ist eine **klare Mehrheit**. Vielen Dank.”

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler**: ”Ich wolle bloß sagen, dass wir dann den Antrag der HAL-Fraktion ins Protokoll nehmen.”

Herr **Bönisch**: ”Im Protokoll erscheint er ja eh, muss er, weil er ja ein abgestimmter Antrag ist und insofern ist es jetzt die Zusage der Oberbürgermeisterin, dass es auch Beachtung findet.”

(Ende des Tagesordnungspunktes)

**Beschluss Nr. III/2002/02442 - Fassung eines neuen Grundsatzbeschlusses zur  
Abfallbehandlung der Stadt Halle (Saale) ab 01.06.2005**

---

- 1. Die Beschlüsse des Stadtrates vom 18.04.2001 (Beschluss-Nr.: III/2001/01354) und vom 12.12.2001 (Beschluss-Nr.: III/2001/01893) werden aufgehoben.**
  - 2. Der Stadtrat beauftragt die Oberbürgermeisterin, auf der Grundlage dieses Beschlusses, unverzüglich ein europaweites Verhandlungsverfahren zu folgendem Vergabegegenstand vorzubereiten und einzuleiten:  
Restabfallbehandlung für die Stadt Halle (Saale) ab dem 01.06.2005 auf der Grundlage der TA Siedlungsabfall und der Abfallablagerversordnung sowie Planung, Errichtung und Betrieb einer Abfallbehandlungs- und Verwertungsanlage mit einer Kapazität von 100 000 Mg/a am Standort Halle-Lochau unter Beteiligung eines privaten Partners bis zu einer Höhe von 74,9 % der Gesellschafteranteile an einer rein kommunalen Gesellschaft (PPP-Modell).**
  - 3. Durch entsprechende Gestaltung der Ausschreibungsunterlagen sind die weiteren folgenden Ziele zu erreichen:**
    - Erzielung eines Beitrages zur Konsolidierung des allgemeinen städtischen Haushalts,**
    - die Restabfallbehandlung zum 01.06.2005 ist zu möglichst niedrigen Kosten durchzuführen**
    - Erreichung einer hohen Entgeltstabilität,**
    - Gewährleistung der Entsorgungssicherheit der Stadt Halle (Saale) ab dem 01.06.2005**
    - Übernahme von Beschäftigten der Abfallwirtschaft Halle-Lochau GmbH im betriebswirtschaftlich möglichen Umfange,**
    - Ausschluss von Risiken für den städtischen Haushalt,**
    - Sicherung der Weisungs- und Kontrollrechte der Stadt Halle (Saale).**
  - 4. Dem Hauptausschuss werden die Ausschreibungsunterlagen zur Kenntnis gegeben. Über den Verlauf des Vergabeverfahrens wird der Hauptausschuss in geeigneter Form unterrichtet.**
-

**Zu TOP 08 – 1. Bericht zur Situation der Ausländer in der Stadt Halle (Saale) 2001**

**2. Konzept zur Integration der Migranten in der Stadt Halle (Saale)**

Vorlagen-Nr.: III/2002/02294

---

Es gab keine Wortmeldungen zur Vorlage.

**Abstimmung zur Vorlage:**

**mehrheitlich zugestimmt**

**Beschluss Nr. III/2002/02294 - Bericht zur Situation der Ausländer in der Stadt Halle (Saale) 2001  
Konzept zur Integration der Migranten in der Stadt Halle (Saale)**

---

- 1. Der Bericht zur Situation der Ausländer in der Stadt Halle (Saale) wird zur Kenntnis genommen.**
  - 2. Der Stadtrat beschließt das Konzept zur Integration der Migranten in der Stadt Halle (Saale) als Arbeitsgrundlage für eine gezielte Integrationspolitik in der Stadt.**
  - 3. Die Verwaltung wird beauftragt, die organisatorischen Strukturen zur Umsetzung des Konzeptes zu schaffen, eine Kopplung zum Präventionsrat gegen Rassismus, Gewalt und Kriminalität zu sichern und jährlich einen Bericht zur Konzeptumsetzung und Zielerreichung zu geben.**
-

## Zu TOP 09 - Wahl eines Wahlbeamten in den Vorstand der Stiftung Hospital St. Cyriaci et Antonii zu Halle

Vorlagen-Nr.: III/2002/02396

---

Der Tagungsleiter verwies auf die Vorlage und fragte nach weiteren Vorschlägen.  
Es gab keine Wortmeldungen.  
*Es erfolgte die Ausgabe der Stimmzettel nach namentlichem Aufruf der Mitglieder des Stadtrates.*

Es wurde in geheimer Wahl gewählt.

Der Tagungsleiter wies auf die Möglichkeit hin, in der Pause die Ausgrabungen auf dem Markt besichtigen zu können.  
Der Stadtrat legte eine **P a u s e** ein.

***Die Leitung der Tagung übernahm die 1. Stellvertretende des Vorsitzendes des Stadtrates, Frau Marion K r i s c h o k.***

Die Tagungsleiterin gab das **Ergebnis der Wahl** bekannt:

Der Stadtrat wählte **Herrn Dr. Hans-Jochen Marquardt**

bei **54 anwesenden Stadträten und der  
Oberbürgermeisterin**

bei **49 abgegebenen Stimmen**

mit **35 Ja-Stimmen  
13 Nein-Stimmen  
1 ungültige Stimme**

Frau **Krischok** informierte, dass der Bericht zum Jahresabschluss der Stiftung einzusehen sei.

**Beschluss Nr. III/2002/02396 - Wahl eines Wahlbeamten in den Vorstand der Stiftung  
Hospital St. Cyriaci et Antonii zu Halle**

---

**Der Beigeordnete für Bildung, Kultur und Sport, Herr Dr. Hans-Jochen Marquardt, wird gemäß § 6 Abs. 1 Satz 2 der Stiftungssatzung für die Dauer von fünf Jahren zum Mitglied des Vorstandes der Stiftung Hospital St. Cyriaci et Antonii zu Halle gewählt.**

---

## **Zu TOP 10 - Antrag auf überplanmäßige Ausgaben im Haushaltsjahr 2002**

Vorlagen-Nr.: III/2002/02314

---

Frau **Wolff**, HAL-Fraktion, fragte, ob der Stadtrat noch beschlussfähig sei. Sie finde es peinlich - es seien entscheidende Vorlagen auf der Tagesordnung -, wenn eine Vielzahl von Stadträten nicht da sei.

*Es entstand eine kurze Pause, in deren Verlauf weitere Stadträte den Tagungsraum betraten.*

Es gab keine Wortmeldungen zur Vorlage.

**Abstimmung zur Vorlage:**

**mehrheitlich zugestimmt**

## **Beschluss Nr. III/2002/02314 - Antrag auf überplanmäßige Ausgaben im Haushaltsjahr 2002**

---

**Der Stadtrat beschließt:**

- 1. die überplanmäßige Ausgabe für die Maßnahme "Gesamterschließung VENAG/Ostzucker in Höhe von 552.000,00 EUR (Haushaltsstelle: 2.7910.950000.8.011)**
  - 2. die Deckung für die Mehrausgabe in Höhe von 552.000,00 EUR, wie in der Begründung dargelegt (Haushaltsstelle: 2.6300.365000.8.011)**
-

**Zu TOP 11 – Änderung der Satzung der Verwaltungsgesellschaft  
Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH**

Vorlagen-Nr.: III/2002/02411

---

Es gab keine Wortmeldungen zur Vorlage.

**Abstimmung zur Vorlage:**

**mehrheitlich zugestimmt**

**Beschluss Nr. III/2002/02411 - Änderungen in der Satzung der Verwaltungsgesellschaft  
Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH**

---

**Die Oberbürgermeisterin als gesetzliche Vertreterin der Gesellschafterin Stadt Halle (Saale) wird beauftragt, in einer Gesellschafterversammlung der Verwaltungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH die in der Anlage 2 zur Begründung dieser Vorlage aufgeführten Änderungen der §§ 1, 2 und 6 des Gesellschaftsvertrages vorzunehmen.**

---

## Zu TOP 12 - Neufassung der Gefahrenabwehrverordnung der Stadt Halle (Saale)

Vorlagen-Nr.: III/2001/01987

---

Die Tagungsleiterin verwies auf drei Sachanträge der CDU-Fraktion und einen Sachantrag der HAL-Fraktion.

Herr **Godenrath**, CDU-Fraktion, begründete die Änderungsanträge seiner Fraktion.

Frau **Wolff**, HAL-Fraktion, ging auf den Änderungsantrag der CDU-Fraktion zu § 4 – Betteln ein. Sie schlage vor, den Passus "aktives" Betteln herauszunehmen.

Herr **Jeschke**, HAL-Fraktion, informierte im Innenausschuss sei der Vorlage, so wie sie heute vorliege, zugestimmt worden. Die Änderungsanträge der CDU-Fraktion seien abgelehnt worden, ebenso ein Antrag der HAL-Fraktion, den § 12 betreffend. Für seine Fraktion begründete er den Sachantrag der HAL-Fraktion.

Herr **Dr. Meerheim**, PDS-Fraktion, bat um nähere Erläuterung zum Sachantrag der CDU-Fraktion (Kleinstfeuer).

Herr **Doege**, Beigeordneter für Ordnung und Sicherheit, erläuterte, dass die Textfassung der Verordnung vor Einbringung durch das Regierungspräsidium geprüft und der Polizeidirektion zur Information vorgelegt worden sei. Die erhaltenen Stellungnahmen seien in den Ausschüssen diskutiert und Anregungen teilweise übernommen worden.

Zu den Sachanträgen: In § 9 sei Kleinstfeuer enthalten. Im Innenausschuss sei versucht worden, eine Definition dafür zu finden (Durchmesser 80 cm?). In jedem Fall bestehe eine Meldepflicht auch für dieses Feuer.

Würde dem Antrag zu § 8 – Ruhestörender Lärm – gefolgt, nehme man eine weitergehende Formulierung vor in Bezug auf die entsprechenden Ruhezeiten als die Verwaltung vorgeschlagen habe. Dann müsse man z.B. wirtschaftsfördernde Maßnahmen überdenken wie die Einrichtung der Kneipenmeile. Aus Sicht der Verwaltung könne er diesen Regelungsbedarf nicht teilen.

Zu § 4 – Betteln: Die vorliegende Fassung sei mit der Rechtsauffassung des Regierungspräsidiums abgestimmt. Beispielhaft sei aufgezählt worden, was man unter aggressivem Betteln verstehe.

Zu § 12: § 6 SOG besage, dass nur Maßnahmen im pflichtgemäßen Ermessen getroffen werden können. Das heiße auch, das sogenannte Opportunitätsprinzip zu beachten. Das sei seiner Meinung nach mit der von der Verwaltung vorgeschlagenen Formulierung erreicht worden.

Frau **Wolff** stellte folgenden **Änderungsantrag** zu § 4: **Das aggressive Betteln sowie das Betteln mit Tieren ist verboten.**

Herr **Strauch**, SPD-Fraktion, äußerte sein Erstaunen darüber, dass die CDU-Fraktion diese Sachanträge, die monatelang im Innenausschuss beraten worden sei, jetzt wieder vorlege. Er ging auf den Inhalt der Sachanträge ein, sie seien für ihn indiskutabel und er werde sie ablehnen.

Herr **Misch**, CDU-Fraktion, begründete die gewünschte Änderung zu § 8 und ging auf bisher genannte Argumente zu den anderen Sachanträgen ein.

Frau **Schaffer**, PDS-Fraktion, ging ebenfalls auf die Argumente ihrer Vorredner zu den Sachanträgen der CDU-Fraktion ein. Sie bat zu respektieren, dass die Mehrheit der Ausschussmitglieder im Innenausschuss der vorliegenden Fassung der Gefahrenabwehrverordnung zugestimmt habe.

Herr **Jeschke** bat um Zustimmung zur Änderung in § 12.

Herr **Godenrath** nahm Bezug auf Argumente seiner Vorredner und zitierte aus der ordnungsbehördlichen Verordnung zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Stadtgebiet Erfurt.

Herr **Dr. Meerheim** stellte den **Geschäftsordnungsantrag: Ende der Diskussion und Abstimmung**.

Zum Geschäftsordnungsantrag gab es keine Wortmeldungen.

**Abstimmung zum GO-Antrag:** **mehrheitlich z u g e s t i m m t**

**Abstimmung Änderungsantrag Stadträtin Wolff (§ 4):** **mehrheitlich a b g e l e h n t**

**Abstimmung Änderungsantrag CDU-Fraktion (§ 4):** **mehrheitlich a b g e l e h n t**

**Abstimmung Änderungsantrag CDU-Fraktion (§ 8):** **mehrheitlich a b g e l e h n t**

**Abstimmung Änderungsantrag CDU-Fraktion (§ 9):** **mehrheitlich a b g e l e h n t**

**Abstimmung Änderungsantrag HAL-Fraktion (§ 12):** **mehrheitlich z u g e s t i m m t**

**Abstimmung Vorlage einschl. Änderung:** **mehrheitlich z u g e s t i m m t**

### **Beschluss Nr. III/2001/01987 - Neufassung der Gefahrenabwehrverordnung der Stadt Halle (Saale)**

---

**Der Stadtrat beschließt die anliegende Neufassung der Gefahrenabwehrverordnung der Stadt Halle (Saale).**

**Der § 12 ist folgendermaßen zu ändern:**

***Ausnahmen von Verboten bzw. Geboten dieser Ordnung können im Einzelfall zugelassen werden, wenn sich ein Verhalten noch im tolerierbaren sozialadäquaten Bereich abspielt (Opportunitätsgrundsatz).***

---

**Zu TOP 13 - Namensgebung der Sekundarschule "W. Borchert"/  
"J. A. v. Segner" in Sekundarschule "Novalis"**  
Vorlagen-Nr.: III/2002/02270

---

Es gab keine Wortmeldungen zur Vorlage.

**Abstimmung zur Vorlage:   mehrheitlich z u g e s t i m m t**

**Beschluss Nr. III/2002/02270 - Namensgebung der Sekundarschule "W. Borchert"/  
"J. A. v. Segner" in Sekundarschule "Novalis"**

---

**Der Stadtrat beschließt die Namensänderung der Sekundarschule "W. Borchert"/  
"J. A. v. Segner" in Sekundarschule "Novalis" zum neuen Schuljahr – 01.08.2002 -.**

---

## **Zu TOP 14 - Informationsvorlage - Gestaltungsbeirat**

Vorlagen-Nr.: III/2002/02474

---

Es gab keinen Diskussionsbedarf zur Vorlage.

**Der Stadtrat nahm die Vorlage zur Kenntnis.**

## Zu TOP 14 A - Rechtsform des Zentralen Gebäudemanagements der Stadt Halle (Saale)

Vorlagen-Nr.: III/2002/02302

---

Die Tagungsleiterin wies auf einen **Sachantrag der HAL-Fraktion** und einen **Sachantrag des Bildungsausschusses** sowie ein Austauschblatt hin.

Frau **Dr. Haerting**, HAL-Fraktion, begründete den Sachantrag ihrer Fraktion. Man meine, dass das Zentrale Gebäudemanagement seine Leistungsfähigkeit zunächst unter Beweis stellen sollte.

Herr **Dr. Meerheim**, PDS-Fraktion, meinte, er sei nicht geneigt, dem Sachantrag zuzustimmen, denn man müsse dieses Problem lösen, spätestens wenn die Frage stehe, möglicherweise die Verwaltung Kita aus der Stadtverwaltung herauszulösen und in eine neue Rechtsform zu bringen.

Herr **Prof. Kiel**, PDS-Fraktion, äußerte, mit 142 Gebäuden sei der Schulbereich der größte, was die Anzahl der Gebäude betreffe. Den Zielen der Vorlage wolle und könne sich der Bildungsausschuss nicht verschließen, er stimme grundsätzlich zu, habe aber Nachfragen. Deshalb sei der Sachantrag gestellt worden, Spezifika zu berücksichtigen. Er frage die Verwaltung, ob man wirklich mit einem Schlag dieses Gebäudemanagement einführen müsse oder ob man nicht im Interesse der Sache sagen könne, den Bereich Schulen und Kita später zu realisieren.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** antwortete, eine stufenweise Einführung würde nur unter großen Schwierigkeiten möglich sein. Man müsse berücksichtigen, dass man das Pendant auf Seiten der Verwaltung auflöse, es gebe kein Hochbauamt mehr, das diese Tätigkeiten übernehme. Für Schulen allein müssten dann diese Dinge in der Verwaltung vorgehalten werden. Das wäre eine ineffektive Art und Weise, eine solche große Veränderung anzugehen.

Die Schulentwicklungsplanung werde nach wie vor von der Schulverwaltung erarbeitet. Wenn Herr Prof. Kiel sage, dass er mit der umfassenderen Formulierung einverstanden sei, hoffe sie, dass das Anliegen des Sachantrages des Bildungsausschusses damit erfasst sei.

Herr **Prof. Schuh**, UB-Fraktion, verwies auf die Geschäftsordnung, die vorsähe, im Falle eines Abbruchs der Debatte einer Fraktion, die noch nicht das Wort ergriffen habe, die Möglichkeit gegeben werden müsse, das Wort zu ergreifen. – Das betreffe den vorangegangenen Tagesordnungspunkt.

Die Sache hier sei wieder ein Beispiel dafür, wie man mit winzigen Schritten versuche, ein absolut drängendes Problem möglichst langsam zu lösen. Wenn dann noch ein Antrag komme, die Schulen oder etwas anderes herauszunehmen, dann zeige sich, dass bei dem langsamen Vorgehen der Verwaltung der Stadtrat dann noch einen Gang zurückschalte. Im September 2000 habe es Diskussionen zu dieser Thematik gegeben, in die die Verwaltung mit einbezogen gewesen sei, dieses Gebäudemanagement zentral zu machen. Ein halbes Jahr später sei man wieder zusammengetroffen und habe festgestellt, dass sich nichts bewegt habe. Ein Gespräch zu Fragen der Stadtwerke, das durch ihn initiiert worden sei, habe im August 2001 stattgefunden. Danach habe Herr Thees ein Gutachten ausgeschrieben. Ein Termin im September sei von Herrn Thees abgesagt worden. Mit den Stadtwerken habe keinerlei Gespräch mehr stattgefunden. Und nun sitze man im Juni 2002 hier und habe diese Vorlage mit dem Eigenbetrieb.

Ihm greife das zu kurz. Seiner Ansicht nach sei die sofortige GmbH-Lösung, die ja auch aufgezeigt worden sei und bei der man auch die Mehrwertsteuer sparen könne, angezeigt. Das Personal sollte in die GmbH überführt werden, und wer sich dort nicht bewähre, scheide aus. Wenn man 400 Personen in den Eigenbetrieb packe, habe man sie in zwei Jahren immer noch dort sitzen. Und wenn man dann eine GmbH mache und das Personal überführe, habe man einen Spareffekt vielleicht nach fünf oder sechs Jahren. Seine Fraktion lehne die Vorlage ab.

Herr **Biesecke**, SPD-Fraktion, erklärte, seine Fraktion werde aufgrund der Aussagen der Oberbürgermeisterin den Sachantrag der HAL-Fraktion ablehnen.

Er **beantrage** für seine Fraktion, den **Sachantrag des Bildungsausschusses für erledigt** zu erklären. Durch die Neufassung des Textes im Austauschblatt sei die Anregung des Bildungsausschusses in der Vorlage aufgenommen worden.

Er fragte, wann die Vorlage zur Betriebssatzung vorgelegt werde.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** antwortete, diese Vorlage werde im August auf der Tagesordnung sein.

Herr **Lehmann**, CDU-Fraktion, gab das Votum des Planungsausschusses bekannt. Der Vorlage sei zwar zugestimmt worden, aber gleichzeitig sei auch gesagt worden, dass es noch eine ganze Menge Klärungsbedarf gebe. Die Verwaltung sei aufgefordert worden, bis zur heutigen Stadtratstagung noch möglichst viel von diesen offenen Fragen zu klären (Fragen zu Kosten, zum Einsparungspotential, zur Erfassung der Gebäudedaten). Er bitte, nach Möglichkeit einige dieser Fragen heute noch zu beantworten.

Frau **Herrmann**, Leiterin des Liegenschaftsamtes, erläuterte, der heutige Grundsatzbeschluss solle eine Entwicklung ankurbeln, die aufgrund der Ermittlungen zur Rechtsform weitere Potentiale in sich berge. Die Entscheidung, die heute getroffen werden soll, lasse Raum für weitere Entwicklungen in Richtung Auslagerung und Verwirklichung des Modells Nr. 6.

Zum Zeitplan: Von vielen Gebäuden habe man bereits die Grunddaten erfasst. Jetzt seien Zusammenfassungen der unterschiedlichen Dateien aus unterschiedlichen Ämtern notwendig. Die genaue Mietflächenermittlung soll bis Ende Juni abgeschlossen sein. Die Ermittlung der Grundstückswerte sei etwas komplizierter, weil man auf die Feuerversicherungsgutachten zurückgreifen müsse.

Im Augenblick sei man dabei, das Personal, das in den einzelnen Bereichen beschäftigt sei, genauer zu erfassen.

Zu den Kosten: Das Management für die Gründung des Eigenbetriebes solle so schnell wie möglich ausgeschrieben werden, um privates Know how zu bekommen.

Ziel sei es, bis zum Jahresende eine Struktur zu schaffen, damit man ab 01.01.2003 dann arbeitsfähig sei.

Frau **Wolff**, HAL-Fraktion, meinte, es sei immer davon ausgegangen worden, dass das Gebäudemanagement eine haushaltskonsolidierende Wirkung haben sollte. Sie sehe das bei der Einführung eines Eigenbetriebes nicht, und sie verstehe nicht, warum man den ersten Schritt, der eigentlich keine haushaltskonsolidierende Wirkung habe, tun solle und den zweiten Schritt(GmbH) dann irgendwann.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** antwortete, hier komme ein grundlegender Irrtum zum Ausdruck. Die Rechtsform sei nicht entscheidend dafür, was das Ganze koste, am Ende sei es die Professionalität, mit der es gemacht werde. Auch ein Eigenbetrieb, mit entsprechendem Sachverstand geführt, werde wesentlich besser arbeiten als das, was man zurzeit habe. Auch in der Eigenbetriebsform werde man schrittweise zu Einsparungen kommen.

Frau **Herrmann** kam auf die Frage Gebäude Kindertagesstätten zu sprechen, die es in zwei unterschiedlichen Formen gebe, in Einzelgebäuden und enthalten in anderen Gebäuden (z.B. Horte). Zu den Kindergärten in Einzelgebäuden seien Erbbaurechtsverträge abgeschlossen worden; diese Gebäude gehörten nicht in das Gebäudemanagement, sondern würden in der Verwaltung des Liegenschaftsamtes verbleiben, da diese Gebäude den freien Trägern gehörten und der Stadt der Grund und Boden.

Herr **Sänger**, CDU-Fraktion, äußerte für seine Fraktion, man sei durchaus der Meinung wie Herr Prof. Schuh, nicht erst einen Zwischenschritt zu wählen, sondern gleich die Einsparung, die man sich vorstelle und die das BERGER-Papier ausweise, sobald als möglich umzusetzen. Man könne sich auch ein Rumpfgeschäftsjahr (z. B. ab Juli 2003) für eine GmbH vorstellen, damit die Verwaltung Zeit habe, die Vermögenswerte zu übertragen. Was werde mit den Sonderobjekten wie Theater? Wie würden diese erfasst und übergeben?

Frau **Herrmann** antwortete, die Eigenbetriebe blieben unangetastet, die entsprechenden Gebäude seien dort enthalten.

Herr **Prof. Schuh** ging auf seine vorangegangenen Äußerungen ein und erläuterte an einem Beispiel (bei momentan unterschiedlichen Zuständigkeiten) wie es dann zu Personaleinsparungen bei der Überführung in eine GmbH kommen könnte.

Herr Beigeordneter **Walter** erwiderte, unterschiedliche Zuständigkeiten werde es beim Zentralen Gebäudemanagement nicht mehr geben. Auch würden Stellen abgebaut.

Herr **Dr. Meerheim** meinte, er möchte nicht, dass eine GmbH dazu genutzt werde, die Mitarbeiter, die möglicherweise überhängig seien, in abruptem und schnellem Maße abzubauen. Stadtrat und Stadtverwaltung sollten diese Verantwortung nicht einfach abgeben, sondern überlegen, was mit diesen Mitarbeitern geschehen soll. Da sei man an einem Punkt – und das sei seine deutliche Kritik - bei dem man seit acht Jahren nicht vorwärtskomme. Es fehle ein Personalentwicklungskonzept.

Herr **Lehmann**, SPD-Fraktion, machte darauf aufmerksam, dass es eine Grundsatzvereinbarung mit ver.di gebe, die eine Rahmenbedingung des weiteren Handelns sei.

Einspareffekte erziele man nicht durch die Gründung einer GmbH, sondern dadurch, dass man zu effektiven Arbeitsstrukturen komme – das kann man auch in einem Eigenbetrieb-, wenn man die Gebäudeverwaltung und die –kosten in den Griff bekomme. Deshalb komme es entscheidend darauf an, dass die analytischen und die organisatorischen Schritte gegangen werden, die notwendig seien, damit man endlich diese Effekte bekomme.

Seine Fraktion werde der Vorlage zustimmen.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

**Abstimmung Sachantrag HAL-Fraktion:      mehrheitlich a b g e l e h n t**



## Zu Anträgen von Fraktionen und Stadträten

---

**Zu TOP 15 - Antrag der Unabhängigen Bürgerfraktion –  
Umbesetzung von Beiräten**

Vorlagen-Nr.: III/2002/02403

---

Es gab keine Wortmeldungen zur Vorlage.

**Abstimmung zur Vorlage:      mehrheitlich zugestimmt**

**Beschluss Nr. III/2002/02403 - Antrag der Unabhängigen Bürgerfraktion –  
Umbesetzung von Beiräten**

---

**Polizeibeirat**

**Herr Dominik O w c z a r e k scheidet aus dem Polizeibeirat aus.  
Herr Karsten L e i d l o f f wird in den Polizeibeirat aufgenommen.**

---

**Zu TOP 16 - Antrag der Unabhängigen Bürgerfraktion –  
Umbesetzung des Hauptausschusses**

Vorlagen-Nr.: III/2002/02404

---

Es gab keine Wortmeldungen zur Vorlage.

**Abstimmung zur Vorlage:      mehrheitlich z u g e s t i m m t**

**Beschluss Nr. III/2002/02404 - Antrag der Unabhängigen Bürgerfraktion –  
Umbesetzung des Hauptausschusses**

---

**Stadtrat Bernd S t e m m e scheidet aus dem Hauptausschuss aus.  
Stadtrat Prof. Dieter S c h u h wird in den Hauptausschuss aufgenommen.**

---

## **Zu TOP 17 - Antrag der SPD-Fraktion – Oberzentren stärken – kommunale Selbstverwaltung erhalten**

Vorlagen-Nr.: III/2002/02433

---

Es gab keine Wortmeldungen zur Vorlage.

**Abstimmung zur Vorlage:   mehrheitlich z u g e s t i m m t**

**Beschluss Nr. III/2002/02433 - Antrag der SPD-Fraktion – Oberzentren stärken –  
kommunale Selbstverwaltung erhalten**

---

- 1. Die Oberbürgermeisterin wird aufgefordert, zügig mit der neuen Landesregierung Gespräche zur Lösung der Stadt-Umland-Problematik (§ 31 GO LSA) aufzunehmen.**
  - 2. Die Oberbürgermeisterin wird aufgefordert, die Verhandlungen mit Umlandgemeinden hinsichtlich Eingemeindung fortzusetzen.**
-

**Zu TOP 18 - Antrag der SPD-Fraktion – zum Radwegeplan  
Halle/Saalkreis**

Vorlagen-Nr.: III/2002/02436

---

Es gab keine Wortmeldungen zur Vorlage.

**Abstimmung zur Vorlage:   mehrheitlich   z u g e s t i m m t**

**Beschluss Nr. III/2002/02436 - Antrag der SPD-Fraktion – zum Radwegeplan  
Halle/Saalkreis**

---

**Die Stadtverwaltung wird gebeten, einen Radwegeplan für die städtischen  
Randgebiete vorzulegen, der einerseits die Verbindung dieser Stadtteile zum Zentrum  
darstellt, andererseits in Absprache mit dem Saalkreis die möglichen Wege in die  
angrenzenden Umlandgemeinden oder von dort in die Stadt Halle aufzeigt.  
Dabei sollten auch bike & ride-Plätze Berücksichtigung finden.**

---

**Zu TOP 19 - Antrag der SPD-Fraktion – zur Neubesetzung des  
Umlegungsausschusses der Stadt Halle (Saale)**

Vorlagen-Nr.: III/2002/02438

---

Es gab keine Wortmeldungen zur Vorlage.

**Abstimmung zur Vorlage:      mehrheitlich z u g e s t i m m t**

**Beschluss Nr. III/2002/02438 - Antrag der SPD-Fraktion – zur Neubesetzung des  
Umlegungsausschusses der Stadt Halle (Saale)**

---

**Stadtrat Herr Robert B o n a n wird für den Umlegungsausschuss der Stadt Halle  
(Saale) benannt.**

---

**Zu TOP 20 - Antrag der Stadträtin Dr. Annegret Bergner – betreffend die Beherbergung und Betreuung von Teilnehmern des Deutschen Turn- und Sportfestes im Mai 2002 in Leipzig**

Vorlagen-Nr.: III/2002/02441

---

Frau **Dr. Bergner**, CDU-Fraktion, verwies den Antrag namens ihrer Fraktion in den Sportausschuss, den Bildungsausschuss und den Ausschuss für Wirtschaftsförderung, Beschäftigung und Liegenschaften.

**Der Antrag wurde durch Geschäftsordnungsantrag der CDU-Fraktion in den**

- **Sportausschuss,**
- **Bildungsausschuss und in den**
- **Ausschuss für Wirtschaftsförderung, Beschäftigung und Liegenschaften**

**verwiesen.**

**Zu TOP 21 - Antrag des Stadtrates Ingo Kautz, CDU – zur  
Zusammenarbeit von Stadtverwaltung und  
Landesregierung**

Vorlagen-Nr.: III/2002/02443

---

Herr **Kautz**, CDU-Fraktion, äußerte, nach Kenntnis der Stellungnahme der Verwaltung sehe er seinen Antrag als erledigt an.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** erklärte, man sei sich darüber einig, dass es darum gehe, gute Nähe zwischen der Landesregierung und der Stadt Halle herzustellen. Das Anliegen des Antrages sei in ihrem Sinne; man könne gemeinsam in diese Richtung arbeiten, deshalb sei der Antrag sicher als erledigt zu betrachten.

**Der Antrag wurde vom Antragsteller als erledigt erklärt.**

**Zu TOP 22 - Antrag der Stadträtin Dr. Annegret Bergner, CDU – zur Initiative des Deutschen Städtetages "Gastfreundliche Hochschulstädte"**

Vorlagen-Nr.: III/2002/02447

---

Frau **Dr. Bergner**, CDU-Fraktion, verwies den Antrag namens der Fraktion in den Bildungsausschuss. Damit verbinde sie das Anliegen an die Verwaltung, bereits im Vorfeld zu dieser Ausschussberatung Kontakt zur Universität in der Frage Studienkolleg aufzunehmen, um zu verhindern, dass dies von Halle nach Köthen verlagert wird.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** erwiderte, die Situation werde von der Verwaltung bereits geprüft. Gespräche mit der Universität zur weiteren Vorgehensweise seien geplant.

**Der Antrag wurde durch Geschäftsordnungsantrag der CDU-Fraktion in den**

**- Bildungsausschuss**

**verwiesen.**

## **Zu TOP 23 - Antrag der HAL-Fraktion – zur Innenstadtgestaltung**

Vorlagen-Nr.: III/2002/02450

---

Frau **Prof. Vent**, HAL-Fraktion, bat die Verwaltung, die Zuständigkeiten innerhalb der Verwaltung in Sachen Genehmigungsverfahren besser zu koordinieren. Sie verwies den Antrag namens der Fraktion in den Ausschuss für Planungs- und Umweltangelegenheiten.

*(Durch Zurufe wurden weitere Verweisungswünsche geäußert.)*

**Der Antrag wurde durch Geschäftsordnungsantrag der HAL-Fraktion in den**

- **Ausschuss für Planungs- und Umweltangelegenheiten**  
sowie in den
- **Innenausschuss,**
- **Kulturausschuss und in den**
- **Ausschuss für Wirtschaftsförderung, Beschäftigung und Liegenschaften**

**verwiesen.**

**Zu TOP 24 - Antrag der CDU-Fraktion und von Stadträten der HAL-Fraktion – zum Kuratorium 1200 Jahre Halle**

Vorlagen-Nr.: III/2002/02455

---

Herr **Weiland**, HAL-Fraktion, bat um Annahme des Antrages.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

**Abstimmung zur Vorlage:      mehrheitlich z u g e s t i m m t**

**Beschluss Nr. III/2002/02455 - Antrag der CDU-Fraktion und von Stadträten der HAL-Fraktion – zum Kuratorium 1200 Jahre Halle**

---

**Der Stadtrat beschließt, dass das "Kuratorium 1200 Jahre Halle" bis spätestens 1. Oktober 2002 zu gründen und den Stadtratsfraktionen Vorschlags- und Mitbestimmungsrecht einzuräumen ist.**

---

## **Zu TOP 25 - Antrag der CDU-Fraktion und von Stadträten der HAL-Fraktion – zur Strukturveränderung Stadt- und Halloren-/Salinemuseum**

Vorlagen-Nr.: III/2002/02457

---

Herr **Weiland**, HAL-Fraktion, mahnte eine Zeitschiene an. Im Kulturausschuss sei Ende des vergangenen Jahres beschlossen worden, die Stelle entsprechend auszuschreiben. Das sei bisher noch nicht erfolgt.

Herr **Kautz**, CDU-Fraktion, merkte an, als Voraussetzung für eine Museumsfusion gebe es noch keinen Museumsrat. Beachtung sollte auch finden, dass die Halloren vorhaben, dieses Halloren-/Salinemuseum in eigene Trägerschaft zu übernehmen.

Herr **Schmidt**, SPD-Fraktion, fragte, ob ein solcher Beschluss dann eine Vorlage zur organisatorischen Vereinigung der beiden Museen inklusive der Stellenfrage ersetze.

Herr **Weiland** erläuterte, der Antrag sei dazu gedacht, die Stadtverwaltung zu bewegen, etwas Entsprechendes vorzulegen.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** antwortete, die Verwaltung sei in der Vorbereitung einer solchen Vorlage.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

**Abstimmung zur Vorlage:      mehrheitlich z u g e s t i m m t**

**Beschluss Nr. III/2002/02457 - Antrag der CDU-Fraktion und von Stadträten der HAL-Fraktion - zur Strukturveränderung Stadt- und Halloren/Salinemuseum**

---

**Der Stadtrat beschließt, dass das Stadt- und Halloren-/Salinemuseum zusammenzuführen sind und ab 1. Januar 2003 in der neuen Strukturform geführt werden.**

---

**Zu TOP 26 - Antrag der Stadträtin Dr. Gesine Haerting, HAL-Bündnis 90/DIE GRÜNEN – zur Ermittlung der Kosten des Motorisierten Individualverkehrs in Halle**

Vorlagen-Nr.: III/2002/02458

---

Frau **Dr. Haerting**, HAL-Fraktion, begründete den Antrag.

Herr **Biesecke**, SPD-Fraktion, beantragte namens seiner Fraktion die Verweisung des Antrages in den Ausschuss für Planungs- und Umweltangelegenheiten.

Herr **Lehmann**, CDU-Fraktion, beantragte die Verweisung des Antrages in fünf weitere Ausschüsse (siehe unten).

**Der Antrag wurde durch Geschäftsordnungsantrag der SPD-Fraktion in den**

- **Ausschuss für Planungs- und Umweltangelegenheiten sowie durch  
Geschäftsordnungsantrag der CDU-Fraktion in den**
- **Ausschuss für Finanzen und städtische Beteiligungsverwaltung,**
- **Kulturausschuss,**
- **Ausschuss für Wirtschaftsförderung, Beschäftigung und Liegenschaften,**
- **Innenausschuss und in den**
- **Sozial- und Gesundheitsausschuss**

**verwiesen.**

## **Zu TOP 27 - Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion – Umbesetzung des Beirates Zoologischer Garten Halle GmbH**

Vorlagen-Nr.: III/2002/02479

---

Es gab keine Wortmeldungen zur Vorlage.

**Abstimmung zur Vorlage:      mehrheitlich zugestimmt**

**Beschluss Nr. III/2002/02479 – Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion – Umbesetzung  
des Beirates Zoologischer Garten Halle GmbH**

---

**Herr Marco T u l l n e r scheidet aus dem Beirat der Zoologischer Garten Halle GmbH  
(Zoo) aus.**

**Der Stadtrat entsendet Herrn Günter K ö h l e r in den Beirat der Zoologischer Garten  
Halle GmbH (Zoo).**

---

**Zu TOP 28 - Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion – Umbesetzung  
des Ausschuss für Planungs- und  
Umweltangelegenheiten**

Vorlagen-Nr.: III/2002/02481

---

Es gab keine Wortmeldungen zur Vorlage.

**Abstimmung zur Vorlage:      mehrheitlich zugestimmt**

**Beschluss Nr. III/2002/02481 – Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion – Umbesetzung  
des Ausschusses für Planungs- und  
Umweltangelegenheiten**

---

**Herr Frank S ä n g e r scheidet aus dem Ausschuss für Planungs- und  
Umweltangelegenheiten aus.**

**Der Stadtrat benennt Herrn Dr. Gerhard H e s s e zum Mitglied des Ausschusses für  
Planungs- und Umweltangelegenheiten.**

---

## **Zu TOP 29 - Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion – Umbesetzung von Ausschüssen**

Vorlagen-Nr.: III/2002/02483

---

Wortmeldungen zur Vorlage gab es nicht.

**Abstimmung zur Vorlage:      mehrheitlich z u g e s t i m m t**

### **Beschluss Nr. III/2002/02483 – Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion - Umbesetzung von Ausschüssen**

---

**Der Stadtrat beschließt nachstehende Besetzungsveränderungen in den Ausschüssen:**

#### ***1. Ausschuss für Planungs- und Umweltangelegenheiten***

**Herr Gerry K l e y scheidet aus dem Ausschuss aus.**

**Herr Stadtrat Friedemann S c h o l z e wird als Mitglied in den Ausschuss aufgenommen.**

#### ***2. Ausschuss für Wirtschaftsförderung, Beschäftigung und Liegenschaften***

**Herr Gerry K l e y scheidet aus dem Ausschuss aus.**

**Herr Stadtrat Friedemann S c h o l z e wird als Mitglied in den Ausschuss aufgenommen.**

#### ***3. Gleichstellungsausschuss***

**Herr Gerry K l e y scheidet aus dem Ausschuss aus.**

**Frau Stadträtin Petra M e i ß n e r wird als Mitglied in den Ausschuss aufgenommen.**

#### ***1. Ausschuss für Finanzen und städtische Beteiligungsverwaltung***

**Herr Gerry K l e y scheidet aus dem Ausschuss aus.**

**Herr Stadtrat Friedemann S c h o l z e wird als Mitglied nach § 46 (2) GO LSA in den Ausschuss aufgenommen.**

#### ***2. Zeitweiliger Ausschuss zur Funktional-, Verwaltungs- und kommunalen Strukturreform***

**Herr Gerry K l e y scheidet aus dem Ausschuss aus.**

**Herr Stadtrat Friedemann S c h o l z e wird als Mitglied nach § 46 (2) GO LSA in den Ausschuss aufgenommen.**

### **3. Hauptausschuss**

Herr Gerry K l e y scheidet aus dem Ausschuss aus.

Herr Stadtrat Friedemann S c h o l z e wird als Mitglied in den Ausschuss aufgenommen.

### **4. Sportausschuss**

Herr Stadtrat Friedemann S c h o l z e scheidet aus dem Ausschuss aus.

Frau Stadträtin Petra M e i ß n e r wird als Mitglied in den Ausschuss aufgenommen.

### **5. Sozial- u. Gesundheitsausschuss**

Herr Stadtrat Friedemann S c h o l z e scheidet aus dem Ausschuss aus.

Frau Stadträtin Petra M e i ß n e r wird als Mitglied in den Ausschuss aufgenommen.

### **6. Kulturausschuss**

Herr Stadtrat Friedemann S c h o l z e scheidet aus dem Ausschuss aus.

Frau Stadträtin Petra M e i ß n e r wird als Mitglied in den Ausschuss aufgenommen.

### **10. Innenausschuss**

Herr Stadtrat Friedemann S c h o l z e scheidet aus dem Ausschuss aus.

Frau Stadträtin Petra M e i ß n e r wird als Mitglied nach § 46 (2) GO LSA in den Ausschuss aufgenommen.

### **11. Bildungsausschuss**

Herr Stadtrat Friedemann S c h o l z e scheidet aus dem Ausschuss aus.

Frau Stadträtin Petra M e i ß n e r wird als Mitglied in den Ausschuss aufgenommen.

---

## **Zu Anfragen von Stadträten**

---

**Zuerst werden alle Anfragen der Stadträte sowie die Antworten der Verwaltung wiedergegeben. Danach erfolgt die Niederschrift zur Diskussion während der Tagung.**

**Zu TOP 30 - Anfrage der Stadträtin Krischok, PDS - zu Gebühren und Entgelten**

Vorlagen-Nr.: III/2002/02253

---

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**Zu TOP 31 - Anfrage des Stadtrates Uwe Heft, PDS - zur Haushaltskonsolidierung der Stadt Halle (Saale)**

Vorlagen-Nr.: III/2002/02342

---

Herr **Heft**, PDS-Fraktion, stellte fest, dass wiederholt Anfragen von ihm nicht beantwortet worden seien. Ihm gehe es bei der Anfrage nicht um das, was die Firma BERGER sage oder nicht sage. Er habe die Verwaltung danach gefragt, welche eigenen Überlegungen geführt wurden. Er bitte darum, dass seine Fragen, insbesondere die zweite, beantwortet werden.

**Zu TOP 32 - Anfrage des Stadtrates Uwe Heft, PDS – zum Mobilitätsverhalten der Einwohner der Stadt Halle (Saale)**

Vorlagen-Nr.: III/2002/02345

---

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**Zu TOP 33 - Anfrage des Stadtrates Dieter Lehmann, CDU - zur Parksituation in der Stadt Halle (Saale)**

Vorlagen-Nr.: III/2002/02421

---

Herr **Lehmann**, CDU-Fraktion, dankte der Verwaltung für die ausführliche Antwort.

**Zu TOP 34 - Anfrage des Stadtrates Dr. Mohamed Yousif, PDS - zur**

## **Straßenrandgestaltung auf der Silberhöhe (Gustav-Staude-Str.)**

Vorlagen-Nr.: III/2002/02424

---

Herr **Biesecke**, SPD-Fraktion, fragte, warum eine Antwort der Verwaltung mit diesem Inhalt im öffentlichen Teil gegeben worden sei.

Herr **Doege**, Beigeordneter für Ordnung und Sicherheit, antwortete, Insolvenzen würden auch in der Presse veröffentlicht.

## **Zu TOP 35 - Anfrage der Stadträtin Marion Krischok, PDS – zur Einsparung von Saisonkräften in der Stadtverwaltung**

Vorlagen-Nr.: III/2002/02425

---

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

## **Zu TOP 36 - Anfrage der CDU-Fraktion - zum Wirtschaftsplan neues theater**

Vorlagen-Nr.: III/2002/02427

---

Frau **Weiß**, CDU-Fraktion, äußerte, die Anfrage bestehe aus zwei Unterteilen. Zum ersten Teil sei eine Situationsschilderung gegeben worden, der zweite Teil sei nicht beantwortet worden.

Auch möchte sie wissen, welche Konsequenzen der nichtvorliegende Wirtschaftsplan für den Eigenbetrieb selbst habe, aber auch für den Stadtrat.

Herr **Dr. Marquardt**, Beigeordneter für Kultur, Bildung und Sport, antwortete, wenn der Wirtschaftsplan nicht rechtzeitig vorgelegt werde, gelte - nach nochmaliger juristischer Prüfung - der alte Plan fort. Zum zweiten Teil habe man noch keine Antwort geben können, da man noch in den Verhandlungen mit dem Intendanten und den Verantwortlichen der Verwaltung des "nt" stehe. Es werde jedoch zügig weiter berichtet.

## **Zu TOP 37 - Anfrage der SPD-Fraktion - zur Erstattung von**

## **Veräußerungserlösen nach Wohnungsgenossenschaftsvermögensgesetz**

Vorlagen-Nr.: III/2002/02428

---

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

## **Zu TOP 38 - Anfrage der CDU-Fraktion - zum Orchestervertrag der Stadt Halle (Saale)**

Vorlagen-Nr.: III/2002/02430

---

Frau **Weiß**, CDU-Fraktion, erklärte, aus der Antwort der Verwaltung gehe nicht hervor, wie sie den Termin 31.12.2002 für eine Fusion einhalten wolle.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** erwiderte, für eine Fusion gebe es überhaupt keinen Termin. Im Vertrag stehe, dass über die juristische Form, in der das Orchester geführt werden soll, zum Ende des Jahres etwas zu sagen sei.

Die Verwaltung befinde sich in engem Gespräch mit dem Kultusministerium, man habe sich auf ein Verfahren geeinigt, wie man zu einer Antwort über die künftige Betriebsform kommen wolle.

## **Zu TOP 39 - Anfrage des Stadtrates Ingo Kautz, CDU - zu den Kurzzeitparkplätzen am Hallmarkt**

Vorlagen-Nr.: III/2002/02439

---

Herr **Kautz**, CDU-Fraktion, dankte der Verwaltung für die Einrichtung der Kurzzeitparkplätze. Das Thema Parken um den Hallmarkt sei damit jedoch noch nicht erledigt. Regelungen für die Oleariusstraße und für die Hackebornstraße würden noch erwartet. Auch das Parken für Anwohner sei noch nicht gelöst.

**Zu TOP 40 - Anfrage des Stadtrates Werner Misch, CDU – zu  
Einflussmöglichkeiten auf die Standortbestimmung für  
Mobilfunkantennen**

Vorlagen-Nr.: III/2002/02444

---

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**Zu TOP 41 - Anfrage der Stadträtin Dr. Gesine Haerting, HAL-  
Bündnis 90/DIE GRÜNEN- zur Rodung von Gehölzen, die  
laut Bebauungsplan zu erhalten waren**

Vorlagen-Nr.: III/2002/02451

---

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**Zu TOP 42 - Anfrage der Stadträtin Dr. Gesine Haerting, HAL-  
Bündnis 90/DIE GRÜNEN - zur ausstehenden  
Neubesetzung der Stelle der Kinderbeauftragten**

Vorlagen-Nr.: III/2002/02453

---

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

## Zu TOP 43 - Mündliche Anfragen von Stadträten

---

Frau **Weiß**, CDU-Fraktion, fragte, ob die Oberbürgermeisterin es nicht für angemessen gefunden habe, Herrn Nobelpreisträger Blobel, der am 29. Mai anlässlich einer Vortragsveranstaltung in Halle geweiht habe, einzuladen.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** antwortete, im Rahmen der Feierlichkeiten des Universitätsjubiläums seien ununterbrochen hochkarätige Wissenschaftler zu Gast in der Stadt. Herr Tepasse habe persönlichen Kontakt zur genannten Veranstaltung gehabt. Damit habe sie die Stadt ausreichend vertreten gesehen. Sie nehme die Anregung auf und werde darüber nachdenken, wie man in solchen Fällen künftig verfahren könne.

Frau **Schaffer**, PDS-Fraktion, sagte, dass ihr zu den Händelfestspielen aufgefallen sei, dass viele Bürger bemängelt hätten, dass die öffentlichen Toiletten entweder nicht geöffnet oder in einem sehr desolaten Zustand gewesen seien. Sie fragte, ob man überprüfen lassen könne, inwieweit die im Vertrag festgelegten Aufgaben auch ordentlich erfüllt werden.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** sagte eine schriftliche Antwort zu.

Frau **Dr. Bergner**, CDU-Fraktion, fragte zu einem Zeitungsartikel zur Fusion der Musikschulen von Halle und des Saalkreises, um den es viel Aufregung gebe und was dahinter stecke. Sie bat um eine Antwort.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** sagte eine schriftliche Antwort zu.

Herr **Lehmann**, SPD-Fraktion, fragte zur Bautätigkeit vor dem "Ankerhof".

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** antwortete, durch Einsprüche gegen Vergaben, sei die Stadt gehindert, eine Entscheidung zu treffen.

Herr **Geuther**, CDU-Fraktion, ging auf die von der Verwaltung gegebene Stellungnahme zum Antrag von Frau Dr. Haerting zur Ermittlung der Kosten des MIV in Halle ein, in der angekündigt werde, dass die Verwaltung eine entsprechende Darstellung dem Stadtrat vorlegen wolle. Er fragte, ob die Verwaltung zu viel Zeit habe. Dem Antrag sei noch nicht zugestimmt worden. Er bitte, nicht in voreuseilendem Gehorsam tätig zu werden.

Herr **Heft**, PDS-Fraktion wandte sich an die Oberbürgermeisterin. Es sei auffallend, dass seit ca. einem halben Jahr Veranstaltungen, die bis dahin 17 Uhr und später begonnen hätten und damit die Teilnahme aller Stadträte ermöglicht hätten, nunmehr ca. 14 Uhr und 15 Uhr beginnen. Die nächste Veranstaltung dieser Art sei morgen, 15 Uhr, in der "Denkfabrik". Weshalb seien die Anfangszeiten auf diese arbeitnehmerunfreundlichen Zeiten gelegt worden?

Herr **Tepasse**, Beigeordneter für Planen und Bauen, antwortete, mit der "Denkfabrik" wolle man untereinander (Mitarbeiter von Verwaltungen) mit Sachverständigen aus anderen Städten Gespräche führen. Man werde in Zukunft darauf achten, dass Veranstaltungen, die einen Informationscharakter haben, nach 16 Uhr, 17 Uhr beginnen.

Herr **Voß**, SPD-Fraktion, nahm Bezug auf die Äußerung von Herrn Geuther. Er bedanke sich ausdrücklich bei dem neuen Beigeordneten, dass er versuche, eine Linie zu fahren, die transparent über Kostenentscheidungen informiere.

Man sollte überlegen, ob es sinnvoll sei, Anträge in alle möglichen Ausschüsse zu verweisen; damit schade sich der Stadtrat.

Herr **Lehmann**, CDU-Fraktion, erwiderte Herrn Voß, es sei dringend erforderlich, dass hierzu eine Sachdiskussion geführt werde und nicht schon vorher eine Veröffentlichung der Kosten erfolge.

Er fragte Herrn Funke, ob dieser gewillt sei, die Untersuchung solange zurückzustellen, bis die Ausschüsse getagt haben.

Herr **Funke**, Beigeordneter für Zentralen Service, antwortete, dass er in der Stellungnahme eine Darstellung der Kosten nur angekündigt habe, wenn – wie aus Punkt 1 zu entnehmen sei, dem Antrag im Stadtrat zugestimmt werde.

Weitere Anfragen gab es nicht.

## Zu TOP 44 – Mitteilungen

---

**Schriftlich lag vor: Information des Projektsteuerers IPM "19. Quartalsbericht zur Straßenbahnneubaumaßnahme Halle-Neustadt/Hauptbahnhof"**  
Vorlagen-Nr.: III/2002/02413

Frau **Wolff**, HAL-Fraktion, teilte mit, dass sie mit der Stellungnahme der Verwaltung zur Umsetzung ihres Antrages Open-Source-Software - Vorlagen-Nr.: III/2002/02034 – beschlossen im Stadtrat am 30.01.2002 – sehr unzufrieden sei.

In der Stellungnahme werde in keinem Punkt auf den Inhalt des Antrages eingegangen, vielmehr sei zu erkennen, dass die darin genannten Gründe, die gegen den Einsatz von OSS sprechen, weder untermauert noch fachlich geprüft worden seien. Sie fordere, dass umgehend eine Prüfung - wie im Antrag genannt – durchgeführt werde und dem Stadtrat das Ergebnis bis zu seiner Augusttagung vorgelegt werde.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** schlug vor, hier das direkte Gespräch mit der Stabsstelle DV-Koordinierung, mit Herrn Strohmeyer zu suchen, da doch offensichtlich eine Reihe von Missverständnissen vorliegen.

Frau **Schaffer**, PDS-Fraktion, nahm Bezug auf die schriftliche Mitteilung zur Straßenbahnneubaumaßnahme. Sie lobte die Verwaltung für die Verkehrssicherung, die im Zusammenhang mit dem Straßenbahnneubau (Glauchauer Platz) geschaffen worden sei.

Frau Bürgermeisterin **Szabados** informierte, dass zur Mitgliederversammlung "Gesunde Städte-Netzwerk" – die Stadt Halle – vertreten durch Frau Stadträtin Scheller als Sprecherin des Initiativkreises - eine Anerkennung erhalten habe und insofern als Kompetenzzentrum unter der Überschrift "Stadtteil-, bürgerbezogene Stadtteilentwicklung" gewürdigt worden sei.

Die Tagungsleiterin teilte mit, dass die HAL-Fraktion beantragt habe, Akteneinsicht zur Thematik Markt 23 nehmen zu wollen. Die SPD-Fraktion stelle den Antrag auf Akteneinsicht in den städtebaulichen Vertrag und den Erschließungsvertrag zum Bebauungsplan "Pfingstanger – Süd" sowie zum Vertrag mit den Betreibern der Hansering-Tiefgarage und zu den Baumaßnahmen Graefestraße 11/12.

Weitere Mitteilungen wurden nicht gemacht.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** verabschiedete Herrn Beigeordneten Walter aus seiner Tätigkeit für die Stadt.

Die 1. Stellvertretende des Vorsitzenden des Stadtrates beendete die 33. öffentliche Tagung des Stadtrates.

**Bönisch**

Vorsitzender des Stadtrates  
der Stadt Halle (Saale)

**Ingrid Häußler**

Oberbürgermeisterin  
der Stadt Halle (Saale)

**Krischok**

1. Stellvertretende des Vorsitzenden des Stadtrates  
der Stadt Halle (Saale)

Kraft

Protokollführerin



